

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 22, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3104

Inhalt:

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission. — Geloten oder freie Arbeiter? — Ein Beitrag zur städtischen Arbeiterpolitik in Frankfurt a. M. — Krach in den Münchener Gaswerken. — Die soziale Idee. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Gerichts-Zeitung. — Verbandsteil. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Feuilleton: Die Schätze der Kohle.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

Die Reichsversicherungsordnung mit ihren 1754 Paragraphen war bekanntlich vom Reichstag einer Kommission überwiesen, die während der Ferienzeit tagen soll. Bei den großen Meinungsverschiedenheiten der beteiligten Parteien sowie den zahllosen Abänderungsanträgen geht diese Ferienarbeit natürlich nur langsam vor sich. Jetzt ist etwa ein Viertel des Ganzen in erster Lesung beraten und wir möchten an Hand der in der Tagespresse wiedergegebenen Berichte die bemerkenswertesten Änderungen an der Vorlage kurz registrieren, wemalich daraus noch kein Urteil über die endgültige Gestaltung des Gesetzentwurfs zu gewinnen ist.

In dem ersten der sieben Bücher ist der Aufbau des Instanzenzuges behandelt. Nach der Vorlage sollten alle Versicherungsbranche einen gemeinsamen Unterbau erhalten. Diese Organisation sollte je nach Bedarf an die untere Verwaltungsbehörde angegliedert oder in einer gewissen Selbstständigkeit von dieser gebildet werden und die Bezeichnung „Versicherungsamt“ tragen. In der Kommission sind insbesondere wegen der Höhe der Kosten sehr erhebliche Einwendungen gegen diese Neuerrichtung erhoben worden, und schließlich wurde beschlossen, daß diese Versicherungsämter nicht als selbständige Organisation neugeschaffen, sondern in den Verwaltungskörper der unteren Verwaltungsbehörde eingefügt werden und in diesem aufgehen sollen. Die Sozialdemokraten wollten die Versicherungsämter ganz unabhängig von dem bestehenden bürokratischen Verwaltungsapparat machen, aber ihre Absicht fand keine Unterstützung, sondern wurde von allen Seiten, besonders vom Zentrum lebhaft bekämpft. Für die direkte Wahl der Arbeitervertretung trat mit den Sozialdemokraten nur noch die fortschrittliche Volkspartei ein.

Beachtenswert ist der Beschluß, daß die besonderen Einrichtungen für staatliche Betriebe und die Knappschaftskassen zu beseitigen sind. Alle Sonderversicherungs- und Sonderoberversicherungsämter, die in dem Regierungsentwurf vorgesehen waren, wurden ausgemerzt. Auch die Landesversicherungsämter wurden gegen den Widerstand des bayerischen Regierungsvertreters aufgehoben. In

allen Streitfragen bleibt das Reichsversicherungsamt oberste Instanz. Das ist kein materieller Gewinn für die Arbeiter, aber ein Schritt auf dem Wege zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung, also ein Fortschritt.

Wichtiger als die Verwaltungsfragen sind die Beschlüsse über die Krankenversicherung. Hier wurde die Möglichkeit gegeben, die Arbeiter in eine höhere Beitragsklasse zu bringen. Bisher durfte die oberste Lohnklasse nicht über 5 Mk. hinausgehen, jetzt ist die Erhöhung bis zu 6 Mk. möglich. Die Sozialdemokraten stimmten dieser Änderung zu, bekämpften aber im Hinblick auf die geänderten Einkommensverhältnisse auch diese Begrenzung, ohne die Zustimmung der bürgerlichen Parteien zu finden. Für Handlungsgehilfen, Werkmeister, Techniker usw. sollte der Versicherungszwang nach der Vorlage bei einem Einkommen von höchstens 2000 Mk. enden. Die Sozialdemokraten beantragten, die Höchstgrenze bei 5000 Mk. zu ziehen, die Kommission kam schließlich zu einer Begrenzung auf 2500 Mk.

Die Regierungsvorlage wollte bekanntlich bei Geldierung der Beiträge für Arbeiter und Unternehmer die Vertretung der Arbeiter in Vorstand und Ausschuß der Krankenkassen auf die Hälfte herabdrücken. In der Kommission ist dieses Hauptattentat einstweilen gescheitert. Nur die Konservativen und ein Teil der Nationalliberalen traten lebhaft dafür ein. Mit Hilfe des Zentrums aber retteten die Arbeiterseite jene reaktionäre Bestimmung der Vorlage, der zufolge für die Wahl des Rassenvorsitzenden nicht mehr die einfache Mehrheit genügen, sondern die Zustimmung der Arbeiter wie der Unternehmer notwendig sein soll. Sogar die Regierung gab zu, daß dieser Änderung die Grundlage entzogen sei, da doch die Zweidrittelbeitragsleistung der Arbeiter beibehalten wurde. Es bleibt zu hoffen, daß auch die Wahl des Vorsitzenden wie bisher vorgenommen wird.

In den weiteren Verhandlungen spielen agrarische Tendenzen eine große Rolle. So sollten die Arbeiter von Unternehmern, die sich bereit erklärten, die geforderte vorgegebene Krankenfürsorge zu übernehmen, von der Beitragspflicht befreit werden, eine Bestimmung, die den Großgrundbesitzern auf den Leib zugeschnitten war und daher auch bei Konservativen, Nationalliberalen und einem Teil des Zentrums viel Anklang fand, desto entschiedener aber natürlich von den Sozialdemokraten bekämpft wurde. Das Zentrum tat nun einen Schritt zurück und verlangte von den Unternehmern, die von der Beitragspflicht entbunden werden wollten, Hinterlegung einer Sicherheit. Dadurch wurde die Sache auch den Konservativen und den Nationalliberalen unschmackhaft und die Bestimmung fiel.

Ähnlich kam es bei den Betriebskrankenkassen, die für unsere Kollegen in städtischen Betrieben leider zumeist in Frage kommen. Der Zentrumsagrari-

Serold wollte die Gründung von Betriebskrankenkassen auf dem Lande schon bei 20 Arbeitern zulassen. Die Kommission beschloß, die Mindestzahl der Mitglieder einer Betriebskrankenkasse auf 100 festzusetzen, fügte aber hinzu, daß zur Gründung einer solchen Kasse die Zustimmung der Arbeiter in geheimer Abstimmung notwendig sei. Von dieser geheimen Abstimmung wollten Konservative und Nationalliberale nichts wissen, sie stimmten nun mit den Sozialdemokraten und den Fortschrittlern den ganzen Paragraphen nieder. Damit sind die Betriebskrankenkassen vorläufig abgelehnt, allerdings nur vorläufig, da die bürgerlichen Parteien fest entschlossen sind, sich später noch über die Beibehaltung dieser Kassen zu verständigen.

Für die neu zu errichtenden Landkrankenkassen sollte eine Selbstverwaltung in der Regel ausgeschlossen sein. Mit 15 gegen 11 Stimmen hat hier die Kommission beschlossen, daß die Verwaltung der Landkrankenkassen ebenso eingerichtet werden soll wie die der Ortskrankenkassen.

Das Bestreben der Sozialdemokraten, alle Sonderorganisationen gleich Innungs- und Betriebskassen auszuschalten, wurde vom Zentrum besonders lebhaft bekämpft. Die Innungskassen fanden an Herrn Irl, die Betriebskrankenkassen an Herrn Serold und Freiherrn von Pletten geradezu fanatische Anhänger. Hier aber machte sich auch der soziale Miß, der durch das Zentrum geht, bemerkbar, denn die Zentrumsmitglieder Feder und Schirmer, die als Arbeitervertreter das Versicherungswesen kennen, mußten zugeben, daß jene kleinen Kassen, deren Erhaltung von Agrariern und Mittelstandsrettern gewünscht wird, keine Garantie für eine höhere Leistungsfähigkeit bieten können.

Die Ausdehnung der Kassenleistungen wurde nur in ganz minimalem Ausmaße zugestanden. Die so überaus wichtige Mutterschaftsversicherung ist fast vollständig in das Belieben der Kasse gestellt. Die Wochenhilfe blieb entsprechend der Vorlage auf 8 Wochen beschränkt. Hauspflege soll nicht, wie die Sozialdemokraten beantragten, stattfinden, wenn die Wöchnerin sie wünscht, sondern nur, wenn sich die Kasse bereit erklärt, sie zu gewähren. Neu ist die Bestimmung, daß sowohl versicherungspflichtigen Ehefrauen als auch den Ehefrauen der Versicherten Hebammendienste und erforderlichenfalls ärztliche Geburtshilfe gewährt werden. Ein sozialdemokratischer Vorschlag, gleiche Hilfe auch solchen versicherten Arbeiterinnen zu gewähren, die sich mit einem Trauhschein nicht ausweisen könnten, da doch diese in besonderer Maße hilfsbedürftig wären, wurde vom Zentrum und den anderen Vertretern bürgerlicher Scheinmoral abgelehnt. Auch die Gewährung eines Stillgeldes bleibt auf Ehefrauen beschränkt und wird im übrigen in das Belieben der Kassen gestellt. Die Sozialdemokraten hatten allgemeine Gewährung von Stillgeldern beantragt. Vergeblich! Die christliche Tugend siegte und die Kinder dürfen sterben!

Auch die Bemühungen der Sozialdemokraten um Durchführung einer allgemeinen Familienversicherung blieben erfolglos.

Für die Angestellten in den Kassenverwaltungen forderten die Sozialdemokraten achtstündige Arbeitszeit, Ferienurlaub und eine feste Gehaltskala. Darüber war man allgemein enttäuscht. Namentlich das Zentrum hielt solche im Interesse der Privatangestellten erhobenen Ansprüche für ganz unberechtigt und fand dabei die lebhafteste Unterstützung der Konservativen und Nationalliberalen. Um zu tun, als ob etwas geschehen wäre, formulierte das Zentrum einen Antrag, wonach die Dienstordnung Bestimmungen enthalten soll: 1. ob und inwieweit bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung das Gehalt fortgezahlt wird; 2. ob und in welchen Fristen Dienstaterszulagen gewährt werden; 3. ob und unter welchen Voraussetzungen eine Beförderung stattfindet; 4. ob und unter welchen Bedingungen Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gewährt wird.

Diese Anträge sind natürlich weiter nichts als ein leeres Schema. Es liegt im Belieben der Kasse, was sie gewährt,

während die sozialdemokratischen Anträge bestimmte Mindestforderungen erfüllt sehen wollten.

Gegenwärtig wird über den Arztvertrag verhandelt, der die bekannte Streitfrage wieder hell auslodern machte. Freie Arztwahl unter allen Umständen wollen die Ärzte, wobei sie grau in grau malen, während die Sozialdemokraten sich dafür aussprachen, daß die Mitglieder der Kassen das Recht haben müssen, zu entscheiden, welchem Arzt sie zustimmen wollen. Die Kommission hat sich dann für Befassung des Regierungsentwurfs entschieden, wonach beide Systeme (freie Arztwahl oder freie Wahl unter den angestellten Kassenärzten) gleichberechtigt bestehen bleiben sollen.

In der Vorlage war vorgeschrieben, daß kein Arzt wegen Verletzung der bürgerlichen Standesehre deshalb verfolgt werden darf, weil er mit Krankenkassen Verträge unter Bedingungen abgeschlossen hat, die den von den Vertragsausschüssen festgesetzten Grundsätzen entsprechen. Auch sollen aus Vereinigungen und Verabredungen, die den Abschluß von Verträgen auf der Unterlage der Grundsätze verbieten, weder Klage noch Einrede stattfinden. Gegen diese Bestimmung entriestete sich der „Leipziger Verband“ ganz besonders. Er stellte es so hin, als ob diese Bestimmung ein Ausnahmegesetz gegen die Ärzte bedeute. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. Keine andere Kampforganisation hat das Recht, einen Streikbrecher vor ein staatliches Ehrengericht zu schleppen und ihn dort verurteilen zu lassen. Im Gegenteil sind die Gewerkschaften der Arbeiter durch den berüchtigten § 152 der Gewerbeordnung gegen die Streikbrecher aufs äußerste beengt. Die Sozialdemokraten nahmen denn auch in der Kommission den Standpunkt ein, daß sie zwar jede wirkliche Ausnahmebestimmung gegen den Ärzteverband genau so bekämpfen, wie jede Ausnahmebestimmung gegen die Gewerkschaften der Arbeiter. Sie stellten aber fest, daß es sich hier nur um die Beseitigung eines Ausnahmerechtes des Ärzteverbandes handele. Deshalb erklärten sie, für die Bestimmung der Vorlage stimmen zu wollen. Diese Bestimmung wurde dann auch mit allen Stimmen gegen die des Dr. Rugdan und seiner Parteifreunde angenommen.

Das Kapitel Ärzte und Krankenkasse ist damit noch nicht abgeschlossen. Es wird gelegentlich in anderem Zusammenhange von uns eingehend erörtert werden.

Am 15. Juli macht nun auch die Kommission Ferien. Aus Anlaß der 1. Lesung in der Kommission haben in diesen Tagen erneut zahlreiche Volksversammlungen Stellung zur Reichsversicherungsordnung genommen und energischen Proteste eingelegt gegen die geplanten Verschlechterungen des Regierungsentwurfs.

Wir erwarten von allen unseren Kollegen, daß auch sie diese zu gleicher Zeit ankündigenden Veranstaltungen besuchen. Denn es genügt nicht, im stillen Kämmerlein sich hinterher zu entriesten, sondern unsere Kollegen haben alle Veranlassung, in voller Solidarität mit der gesamten deutschen Arbeiterchaft und in der breitesten Öffentlichkeit Vertwahrung einzulegen gegen eine solche Rückwärtsrevidierung der Sozialpolitik!

Beloten oder freie Arbeiter?

Nachdem sich bereits ein großer Teil der württembergischen Telegraphenarbeiter unserem Verbandsangehören, regt es sich jetzt auch in Norddeutschland. Man beginnt mehr und mehr einzusehen, daß mit lendenlahmen Mitteln nicht vorwärts zu kommen ist und daß gegenüber den fortgesetzten Schikanen und Maßregelungen nur die freie Gewerkschaftsorganisation zu helfen vermag.

So kam es am 30. Juni in Hamburg zu einer machtvollen Aundgebung der Telegraphenarbeiter. Dem „Hamburger Echo“ entnehmen wir darüber die nachfolgende Schilderung:

Die Oberpostdirektion hat bisher stets mit allen erdenklichen Mitteln versucht, die Telegraphenarbeiter an einer Bewegung zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zu hindern. Jede selbständige Bewegung unter der Arbeiterchaft wurde durch immer neue Maßregelungen unterdrückt. Und dies, obgleich die

Arbeiter nicht einmal daran denken, äusserstfalls, wenn die Oberpostdirektion sich durchaus nicht in Güte zu Verbesserungen der Arbeitsbedingungen herbeilassen würde, auch durch das Mittel der Arbeitseinstellung eine Aenderung herbeizuführen zu versuchen. Die Arbeiter ließen es immer lediglich bei bittenden Vorstellungen bewenden. Aber selbst dies war der Oberpostdirektion zu viel. Diejenigen Arbeiter, welche im Auftrage ihrer Mitarbeiter solche Vorstellungen erhoben, wurden dafür sofort oder doch sehr bald gemahnt, und damit glaubte dann die Oberpostdirektion ihrer Pflicht gegenüber den Arbeitern genügt zu haben. Und die offizielle Vereinigung der Telegraphenarbeiter, genannt „Bund deutscher Telegraphenarbeiter“, ließ alle Unterdrückungsmassregeln ruhig über die Telegraphenarbeiter ergehen. Von dieser Seite aus ist eine wirksame Gegenaktion nie ernstlich unternommen worden. Auf die Dauer konnten die Telegraphenarbeiter dieses laudische Joch natürlich nicht ertragen, und in einer Versammlung am 23. Juni d. J. kam spontan die offene Auflehnung zum Ausdruck. Die Versammlung verlangte kategorisch eine andere Taktik; sie forderte Anschluß an den Verband der Staats- und Gemeindearbeiter. Diese Kundgebung muß der Oberpostdirektion gewaltig auf die Nerven gefallen sein, über anstatt dieser Bewegung der Telegraphenarbeiter getrachtet zu werden, sie ihren Ursachen nach zu würdigen und entsprechende Reformen einzutreten zu lassen, sieht die Oberpostdirektion nur die äußeren Erscheinungsformen und glaubt sie deshalb, die Telegraphenarbeiter mit Drohungen zu bezwingen und sie dadurch „zufriedenstellen“ zu können. Die Oberpostdirektion hat nämlich einen Mass losgelassen, worin sie eindringlich vor dem Besuch derartiger Versammlungen warnte unter Androhung der Entlassung!

Trotzdem war die Versammlung ungemein zahlreich besucht. Es sollte Stellung genommen werden zu der Erklärung des Bundesvorstandes der Telegraphenarbeiter, betreffend den von der Versammlung am 23. Juni einstimmig gefassten Beschluß, der Bund der Telegraphenarbeiter solle zu dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter übertreten. Der Bundesvorstand hatte nun in Herrn Vallenthin aus Berlin einen Vertreter geschickt. Herr Vallenthin gab die Erklärung ab, der Bundesvorstand wolle mit dem Verband der Staats- und Gemeindearbeiter keine Zählung nehmen, weds Verschmelzung, und er befände sich darin in Uebereinstimmung mit dem Bezirksvorstand der Hamburger Telegraphenarbeiter. Herr Vallenthin begründete diese Erklärung mit den bei der Reichspostverwaltung bestehenden „Vorschriften“. Es sei den Arbeitern verboten, einer Gewerkschaft beizutreten. Die Unterbeamten müßten im Falle eines Streiks der Arbeiter die Funktionen der letzteren übernehmen. Arbeitslose würden als Streikbrecher eintreten. Die Telegraphenarbeiter selbst würden während des fünften Teils einen Beschluß auf Arbeitseinstellung ausführen. Die Versammlung am 23. Juni habe bereits das Reichspostamt alarmiert. Gegen diese Verhältnisse und Mächte seien die Telegraphenarbeiter ohnmächtig. Sie, die Telegraphenarbeiter, dürften immer nur bescheiden bitten und im übrigen müßten sie sich in allem fügen.

Während dieser Ausführungen wurden schon von allen Seiten aus der Versammlung widersprechende Zwischenrufe laut. Dagegen wurden die entgegengefügten Ausführungen des nun folgenden Redners, unseres Kollegen Schönberg, von sich immer öfter und lebhafter wiederholenden Weisfalsjahren begleitet. Schönberg nahm zunächst die Verfügung der Oberpostdirektion unter die kritische Lupe. Der Mass an die Telegraphenarbeiter sei ein überzeugender Beweis für den intellektuellen und sozialen Horizont der Oberpostdirektion. Außerliches an der Sache werde als ihr eigentliches Wesen gesperrt. Daß hauptsächlich nur entlassene Telegraphenarbeiter geredet hätten in der vorigen Versammlung, sei selbstverständlich, denn wenn andere Telegraphenarbeiter die Wahrheit reden, ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben und nicht bescheln würden, würden sie entlassen. Die Oberpostdirektion hätte doch die Arbeiter schon entlassen, weil sie nur höflichst Bitten vorgetragen hätten. Der Mass der Oberpostdirektion sei die Allheilsweisheit der Putzameruner, nur daß in jener Ära des vorigen Jahrhunderts solche Masse viel schneidiger waren. Es gehe der Oberpostdirektion in der Hinsicht wie den bourbonischen Königen, sie hätte nichts gelernt und nichts vergessen. Die Oberpostdirektion ignoriere den vom Kaiser geäußerten Willen, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollen, Muster in bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Und ferner greife die Oberpostdirektion hindernd ein in das Koalitionsrecht der Arbeiter, in das von einem deutschen Kaiser sanktionierte Gesetz. So werde es gemacht. Jede Vererbung der Arbeiter, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, werde „sozialdemokratisch“ bezeichnet, um sie zu diskreditieren und zu demütigen. Die ureigenen Interessen der Arbeiter wolle man unterdrücken, indem man dieselben fälschlich mit den Parteinteressen der Sozialdemokratie identifiziere. Dieses unwahrhaftige Spiel sei aber längst in den Augen verständiger Menschen geendet. Daß aber auch die Oberpostdirektion den Telegraphenarbeitern noch so etwas zu bieten wage, sei nicht verwunderlich, nachdem hier jedoch selbst noch der offizielle Vertreter der Vereinigung der Telegraphenarbeiter geredet hätte wie ein preu-

sischer Geheimrat aus der alten Schule, ja, wie ein scharfmacherischer westfälischer Großindustrieller. Herr Vallenthin habe das Wesen und die Zusammenhänge der sozialen Erscheinungen in der Arbeiterbewegung auch nicht so viel begriffen, daß er über den Wert und die Notwendigkeiten der einfachsten alltäglichen Dinge im Klaren sei. Und nun kritisierte der Redner in sarkastischen Worten, aber in sachlicher und logisch zwingender, haarscharf pointierter Weise die Tätigkeit des Bundes der Telegraphenarbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Rede des Herrn Vallenthin, diesem die innere Wertlosigkeit und sich in jeder Beziehung widersprechende Art seiner Argumentation nachweisend. Mit einem Appell an die Telegraphenarbeiter, sich alle Mann jezt endlich auch wirklich zu ermannen und sich durch Selbstziehung zur Solidarität und durch Schaffung einer korporativ und peluniar starken gewerkschaftlichen Organisation zu einer achtunggebietenden sozialen Macht aufzuschwingen, schloß Schönberg seine eindrucksvolle Rede, der ein minutenlanger, stürmischer Weisfall folgte.

Herr Vallenthin nahm noch einmal das Wort. Er appellierte an das gute Herz der Versammelten. Er, Vallenthin, sei persönlich nicht der Meinung, wie er sie habe vertreten müssen. Er sei Angestellter des Bundes und habe die Beschlüsse des Bundesvorstandes auszuführen, sonst werde auch er entlassen! Er stehe auch in Fühlung mit den Leitern des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes (? D. A.) und ferner habe er sich wiederholt von den sozialdemokratischen Abgeordneten Rat erbeten. Sachlich sei er in vielen Punkten mit Schönberg einer Meinung, nur insofern müsse er Widerspruch erheben, als Schönberg die Schwierigkeiten unterschätze, die einem schärferen Vorgehen der Telegraphenarbeiter entgegenständen. In dieser Hinsicht sei der Verbandsvorstand des Herrn Schönberg und seien auch „die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten des Herrn Schönberg“ anderer Meinung als Schönberg selber. Woher Herr Vallenthin diese Weisheit hat, bleibt schleierhaft. Sämtliche Vorstandsmitglieder erklärten uns, niemals eine „andere Meinung“ gehabt oder gar gegenüber Vallenthin geäußert zu haben. D. A.)

Kollege Schönberg nahm dann noch eine gründliche Abrechnung mit dem famosen Bundesvorstand vor und die Versammlung votierte die nachfolgende Resolution gegen die Stimme eines Telegraphenarbeiters und Herrn Vallenthins: „Die Versammlung der Telegraphenarbeiter stellt sich abermals auf den Standpunkt, daß eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Telegraphenarbeiter unbedingt notwendig ist und daß in dieser Hinsicht die Telegraphenarbeiter energischer vorgehen müssen, trotz der Verfügung der Oberpostdirektion und wie es bisher unter der Leitung des Bundes der Telegraphenarbeiter geschehen ist. Der Bund soll deshalb sofort die Telegraphenarbeiter zum gewerkschaftlichen Kampf aufrufen. Zugleich ist auch der Anschluß an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu betreiben, um so durch eine allen Arbeitern in öffentlichen Betrieben gemeinsame Organisation eine dauernde Macht dieser Arbeiter zu schaffen und zu erhalten.“

Das Schönste vom tapferen Vallenthin aber kommt noch. Am 1. Juli berief er eine Mitgliederversammlung, in welcher er vom tags zuvor röllich schimmernden zu einem wirklich gelben Licht wurde. Auf einmal war all das, was er am Tage vorher gesagt, von ihm vergessen und er gebärdete sich in geradezu erbarmungswürdiger Weise.

Die Versammlung war von circa 250 Telegraphenarbeitern besucht. Herr Vallenthin „referierte“. Er führte aus: Die Entlassungen bei der Hamburger Oberpostdirektion seien zu Recht erfolgt. Die betreffenden Arbeiter hätten sich „dienstlich vergangen“. Der entlassene Arbeiter P. habe in der öffentlichen Versammlung die Postverwaltung „beleidigt“. Auch „Herr Schönebed“ habe die Postverwaltung „beleidigt“, mindestens hundert Mal, und die Postverwaltung werde „Herrn Schönebed“ verklagen. Dann kam er wieder auf die Entlassungen zu sprechen. Der entlassene Arbeiter G. habe auch schuld an seiner Entlassung. G. behauptet, er sei von dem Vorarbeiter ein Lump gescholten worden. Dies sei aber nicht wahr! Er, Vallenthin, habe die ganze Kolonne gefragt, niemand habe das Wort Lump gehört. (Run sprang in der Versammlung jemand auf und rief: „Das ist doch wahr! Ich habe gehört, daß der Vorarbeiter Lump gesagt hat. Wir alle haben es gehört!“) Darauf meinte Herr Vallenthin, ihm sei anderes berichtet worden. Die „sozialdemokratische Resolution“ sei unannehmbar. Schönberg habe unbedacht darauflos geredet. Nach Schluß der Versammlung sei „Herr Schönebed“ erst wieder zu sich gekommen, und da habe er wohl gedacht: „O Gott, o Gott, was hast du bloß getan?“ und da habe „Herr Schönebed“ ihn, Vallenthin, gebeten, er möge ihm doch seine scharfen Worte nicht übel nehmen und deshalb nicht gegen ihn vorgehen. Die Oberpostdirektion werde jetzt die Telegraphenarbeiter unterschreiben lassen, daß sie, die Arbeiter, keine Sozialdemokraten seien, das wisse er, Vallenthin, bestimmt; denn er sei „oben“ gewesen. Und dann wollte er doch einmal sehen, wer von den Telegraphenarbeitern noch den Mut habe, sich offen als Sozialdemokrat zu bekennen. „Denn das sage ich Ihnen, meine Herren, wer es tut, fliegt raus!“ Der Bundesvorstand werde auch ein Zirkular herumgeben lassen weds Sammlung von

Unterschriften, wer dem Bund treubleiben und wer zu den Sozialdemokraten übertreten wolle. — Dann sprach Herr Ballenthin über die Höhe der Beiträge in den „sozialdemokratischen Verbänden“. Die Berliner Bauarbeiter müßten jetzt 1 Mk. bis 2 Mk. Beitrag pro Woche zahlen. „So wird es Ihnen dann auch gehen, meine Herren, und dann will ich mal sehen, wo Sie bleiben!“ Und nun warnte Herr Ballenthin die Telegraphenarbeiter, sich unter keinen Umständen mit den Sozialdemokraten einzulassen, auch nicht mit den „Herren von dem sozialdemokratischen Staats- und Gemeindegewerksverband“. Diese Leute hätten gar nicht die Absicht, für die Arbeiter einzutreten. Herr Zubeil hätte allerdings im Reichstage für die Telegraphenarbeiter geredet, aber nur aus dem Grunde, die Telegraphenarbeiter für seine Partei zu gewinnen. „Ich werde stets schon den Gedanken bekämpfen, zum Staats- und Gemeindegewerksverband überzutreten!“

Na also! Jetzt weiß man doch wenigstens, welche Farbe der biedere Ballenthin trägt!

Nach mehrmaligen Abstimmungen kam es diesmal noch zu einer Kundgebung für den „Bund“. Indessen fragen wir: Wie lange werden sich die Telegraphenarbeiter diesen Ballenthin und seinen „Bund“ mit der Postverwaltung noch gefallen lassen?

Ein Beitrag zur städtischen Arbeiterpolitik in Frankfurt a. M.

Seit Jahren arbeiten die Sozialdemokraten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung darauf hin, für die in den städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen. Bisher ohne Erfolg. Zwar wurde im Mai 1907 von der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag angenommen, in dem der Magistrat ersucht wird, „mit einer Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben auf 9 Stunden, soweit das ohne Beeinträchtigung der Arbeitsleistung selbst möglich ist, vorzugehen und der Stadtverordnetenversammlung mitzuteilen, welche Betriebe dabei in Betracht kommen und welche finanziellen Mehraufwendungen dafür erforderlich sein würden“, aber eine praktische Folge ist diesem Beschluß bis heute noch nicht gegeben. In solchen Fragen nimmt sich der Magistrat sehr lange Zeit zu Erhebungen. Um deshalb die Entscheidung des Magistrats etwas zu beschleunigen, hatte der Arbeiterausschuß für die städtischen Elektrizitätswerke am 13. Mai 1909 — man beachte dieses Datum! — ein Gesuch des Personals der städtischen Elektrizitätswerke an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in dem um die Einführung der acht- resp. neunstündigen Arbeitszeit in diesen Betrieben gebeten wurde. Der Antrag lautete:

„Magistrat und Stadtverordnete wollen beschließen: Die Arbeitszeit für das gesamte Personal der städtischen Elektrizitätswerke wird in der Weise verkürzt, daß für sämtliches in der Zentrale I und II und in der Umformstation im Schichtwechsel stehende Personal die achtstündige Arbeitszeit mit dem Dreischichtwechsel, für sämtliches in den Werken nur am Tage beschäftigte Personal die neunstündige Arbeitszeit zur Anwendung kommt.“

In der Begründung des Antrages wurde darauf verwiesen, daß sich das Personal der städtischen Elektrizitätswerke schon zu wiederholten Malen an die Direktion, sowie an Magistrat und Stadtverordnetenversammlung mit dem Ersuchen gewandt habe, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Aber dem Ersuchen sei bisher nicht stattgegeben worden. Die Verhältnisse erheischen aber dringend eine Reform. Durch den fortwährenden Wechsel zwischen Tag- und Nacharbeit und die dadurch bedingte Unregelmäßigkeit in den Ruhepausen würden die Kräfte jedes einzelnen Arbeiters bis auf das äußerste Maß in Anspruch genommen. Die Folge sei ein starker Krankenstand unter den Schichtwechselarbeitern; auch litten darunter die Familienverhältnisse. Die überlange Arbeitszeit und die zu starke Inanspruchnahme der geistigen und physischen Kräfte der Arbeiter hätten aber auch eine Gefahr für die Sicherheit des Betriebes im Gefolge, und deshalb sei eine Verkürzung der Arbeitszeit unter allen Umständen geboten.

Als diese Petition am 18. Mai 1909 zur Beratung in der Stadtverordnetenversammlung kam und an den Sozialpolitischen Ausschuß zur Prüfung verwiesen wurde, sprach Stadtverordneter Zielowski den Wunsch aus, die Beratungen möglichst zu beschleunigen. Es sollte aber über fünfviertel Jahre dauern, bis ein Bericht des Ausschusses an die Stadtverordnetenversammlung kam. Und das kam so: Der Sozialpolitische Ausschuß erachtete zunächst eine Prüfung der ganzen Materie nach der Richtung für notwendig:

1. Wieviel Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke bei Einführung der achtstündigen Arbeitszeit mit dem Dreischichtwechsel in Betracht kommen würden, und wieviel Ar-

beiter, wenn bei dem nur am Tage beschäftigten Personal die neunstündige Arbeitszeit eingeführt würde?

2. Welche finanziellen Folgen damit verbunden sein würden?

Um zu diesem Beschluß zu kommen, hatte der Sozialpolitische Ausschuß bis zum Dezember 1909 gebraucht. Und dann waren einzelne Herren des Ausschusses noch ungehalten darüber, daß inzwischen das Personal der Elektrizitätswerke eine Resolution gefaßt und an die Stadtverordnetenversammlung geschickt hatte, in der es in höflicher Form um Beschleunigung und Beschlußfassung bat. Stadtverordneter Professor Trommershausen, ein bekannter Reaktionär und Arbeiterfeind, verwahrte sich dagegen, daß dem Ausschuß der Vorwurf der Verschleppung gemacht werde.

Der Magistrat, an den die beiden Fragen gerichtet wurden, nahm sich natürlich ebenfalls lange Zeit, bis er die nötigen Feststellungen gemacht. Denn in solchen Dingen arbeiten die Amtsmaschinen immer sehr langsam. Im März 1910 kam endlich die Antwort auf die beiden Fragen. Sie lautete wie folgt: Für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeiten kommen im Werk I 80 Mann, im Werk II 20 Mann, zusammen also 100 Mann, für die neunstündige Arbeitszeit bei dem nur am Tage beschäftigten Personal beim Kabelnetz 92 Mann, bei den Installationen 6 Mann, zusammen also 98 Mann in Betracht. Die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit erfordert mehr für die Arbeiter in Werk I und II zusammen 18 091,40 Mk., für die Arbeiter beim Kabelnetz und bei den Installationen 13 521,60 Mk., ergibt 31 613 Mk. Dazu kommen an Zuschlägen für Pensionen, Rentnerversicherung usw. 4425 Mk., so daß sich der Gesamtaufwand auf 36 038 Mk. stellen würde. „Uebrigens kann“, so fügte der Magistrat hinzu, „die Frage einer Arbeitszeitverkürzung nicht für einen Betrieb allein, sondern nur im Zusammenhang mit den anderen städtischen Betrieben geregelt werden. Nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Amtes läßt sich schon jetzt sagen, daß eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit auf neun Stunden eine halbe Million (!?) Mehraufgaben jährlich erfordern würde“. Dieser Bescheid bedeutet für die Praxis eine Verschiebung der Verkürzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben Frankfurts ad calendae graecas.

Der Bescheid des Magistrats gelangte in der Stadtverordnetenversammlung am 9. April 1910 zur Erörterung. Stadtverordneter Döpf (Soz.) nahm dabei die Gelegenheit wahr, die Antwort des Magistrats einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er wies dabei auf die widerspruchsvolle Taktik des Magistrats in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit hin. Als s. B. 1907 von der Mehrheit des Sozialpolitischen Ausschusses Bericht über die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter erstattet wurde, wurde ausgeführt, daß der Magistrat zugesagt habe, schrittweise auf möglichste Abkürzung der Arbeitszeit bedacht zu sein. Heute stellt der Magistrat das finanzielle Interesse in den Vordergrund und sagt: Die Verkürzung der Arbeitszeit könne nicht für einzelne Arbeiterkategorien durchgeführt werden, sondern müsse im Zusammenhang mit den anderen städtischen Betrieben geregelt werden. Gewiß müßte das geschehen, und um es zu ermöglichen, soll schließlich ein Betrieb nach dem anderen vorgenommen werden. Dann wird auch die finanzielle Belastung keine allzu fühlbare.

Die Antwort des Magistrats ging nun wieder an den Sozialpolitischen Ausschuß. Dieser erstattete am 10. Mai 1910 Bericht an die Stadtverordnetenversammlung. In eingehender Weise wurden die Argumentationen des Magistrats widerlegt und beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung erachtet die Möglichkeit der Einführung der acht- bzw. neunstündigen Arbeitszeit in den städtischen Elektrizitätswerken im Sinne der Petenten für gegeben und ersucht den Magistrat, dem Antrage des Arbeiterausschusses der städtischen Elektrizitätswerke stattzugeben.“

Dieser Antrag war nach Form und Inhalt von allen Mitgliedern des Ausschusses akzeptiert worden, mit Ausnahme des Prof. Dr. Trommershausen. Dieser Mann mit 6000 Mk. städtischer Pension, der seine Hauptaufgabe darin sieht, überall den Magistrat zu unterstützen und zu verteidigen, aber zwischen Wenn und Aber hin- und herpendelt, wenn es sich um Arbeiterinteressen dreht, bekräftigte die Begründung der Eingabe des Arbeiterausschusses, sprach von Ubertreibungen, bedauerte, daß der Dezentrat, Stadtrat hin, über verschiedene Punkte nicht noch einmal gehört worden sei. Verschiedene Freimänner hatten Verständnis für diese Schmerzen des Herrn Professors, weil auch ihnen der Antrag nicht recht behagte. Herr Hund, der Wortführer der Freimänner, meinte, die Fassung des Antrages müsse noch etwas geändert werden. Schließlich hatte ein Freimänner, von Beruf Eisenbahnstaatsbeamter, auch noch das Bedürfnis, seine Weisheit im Sozialpolitischen Ausschuß leuchten

zu lassen, um dort einen Dienstplan für die Achtkundenschicht zu entwickeln, und so stellte dann ein demokratischer Justizrat den Antrag, die ganze Sache an den Ausschuss zurückzuverweisen. Vergebens sprachen sich der Berichterstatter Hopf und andere Sozialdemokraten gegen den Zurückverweisungsantrag aus, indem sie darauf hinwiesen, daß dabei gar nichts herauskomme, sondern die ganze Sache nur ein Verschleppungsmanöver sei. — Der Antrag wurde angenommen und jener kluge Eisenbahnbeamte in den Ausschuss kopiiert. Das war am 10. Mai.

Am 20. Mai fand eine Versammlung des Personals der städtischen Elektrizitätswerke statt, die eine Resolution faßte und an die Stadtverordneten schickte, in der „mit Entrüstung von der nochmaligen Verschleppung der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit Kenntnis genommen wird“. Diese Resolution erregte einen Sturm der Entrüstung bei den bürgerlichen Stadtverordneten. Daß es tatsächlich ein Skandal ist, eine Eingabe städtischer Arbeiter über ein Jahr resultatlos hinzuziehen, das wollten die Herren nicht einsehen. Insbesondere der mehrfach genannte Professor Trommershausen gab seinem tiefen Bedauern über den Ton Ausdrück, der in dieser Eingabe angeschlagen werde. Die Arbeiter seien übel beraten.

Der unfaule Rippenstoß der Arbeiter hatte aber wenigstens zur Folge, daß der sozialpolitische Ausschuss sich mit der erneuten Beratung und Beschlußfassung etwas beilegte. Wie die Sozialdemokraten vorausgesagt hatten, so kam es: die Zurückverweisung zeitigte absolut kein anderes Resultat. Der erste Beschluß wurde nur insofern etwas verwaschelt, als die Worte „im Sinne der Petenten“ gestrichen und statt „stattzugeben“ „zu berücksichtigen“ gesagt wurde. Der Herr Staatsbahnbeamte war mit seiner Weisheit elend eingebrochen. Als er im Ausschuss seinen Dienstplan entwickelt hatte, erklärten seine eigenen Parteifreunde, daß sie daraus nicht Lug würden, und der Dezerent, Stadtrat Hin, machte ihn darauf aufmerksam, daß er ja die Hauptsache, die Einschlebung einer vierten Reservereserve, ganz vergessen habe. Tableau! Eine nochmalige Beratung der ganzen Sache wurde abgelehnt und so blieb es bei dem Beschluß:

„Die Stadtverordnetenversammlung erachtet die Möglichkeit der Einführung der acht- bzw. neunstündigen Arbeitszeit in den städtischen Elektrizitätswerken für gegeben und ersucht den Magistrat, den Antrag des Arbeiterausschusses der städtischen Elektrizitätswerke zu berücksichtigen.“

Die Sozialdemokraten beantragten, es bei der ursprünglichen Fassung des Antrages zu belassen; dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Zwischen den Sozialdemokraten und den Freimünnigen kam es zu heftigen Auseinandersetzungen ob der eigenartigen Behandlung der Sache, die einer Verschleppung sehr ähnlich sah. Schließlich wurde der Antrag des Ausschusses angenommen.

Aber daß ihm nun auch vom Magistrat stattgegeben wird, das steht noch in weiter Ferne. Der Magistrat ist Gegner einer Verkürzung der Arbeitszeit, und er wird aus den oben dargelegten Gründen dem Beschluß einfach nicht beitreten. Die städtischen Arbeiter werden erst dann etwas erreichen, wenn sie sich wie die Lehrer und Beamten zu starken Organisationen vereinigen und durch die Organisation den Magistrat ihre Macht fühlen lassen.

Krach in den Münchener Gaswerken.

Die immer unerträglicher werdenden Zustände in den Münchener Gaswerken haben unsere Kollegen zur hellen Empörung getrieben. Man scheint es dabei hauptsächlich auf die älteren Gasarbeiter abgesehen zu haben, die noch vor Jahren bei dem alten Lohnsystem durch schwere, anstrengende, geradezu mörderische Arbeit ihre Gesundheit dem Dienst der Gasanstalten opferten. In den früheren Jahren, ehe man das Kammerstystem einführt, hatte man die Tätigkeit dieser Leute anerkannt und durch Erlass eigener Dienstvorschriften und sonstige Vergünstigungen, die übrigens auch heute noch bestehen, die Arbeiter zu halten verstanden. So steht in den Dienstvorschriften geschrieben, daß im Sommer bei abnehmender Gasproduktion die Retortenarbeiter nach dem jeweiligen Dienstafter ausbehalten müssen, und die Wiederumstellung in der umgekehrten Reihenfolge zu erfolgt hat. Sogar ein Austrittsgeld muß nach den Dienstvorschriften der Termin für die Wiederanmeldung im Winter angegeben werden. Die so genannten Ergänzungsbestimmungen zu § 45 der Arbeitsordnung, die den Retortenarbeitern bei Verletzung in eine niedrige Lohnklasse bei längerem Dienstalter, bei Krankheit usw. je nach der Höhe der Betriebslage ein Zulage sichert, soll für jene Arbeiter, die wegen Einschränkung des Retortenbetriebes, also ohne ihr Verschulden, in eine niedrigere Lohnklasse versetzt werden, keine Anwendung finden, obwohl ein Teil der Arbeiter nahe jener Grenze steht, die eine weitere Verwendung im Retortenhaus ausschließen

würde. Ja, man versicherte dem Arbeiterausschuss, als er einen diesbezüglichen Antrag einbrachte, daß im Werk am Kirchlein 40 Mann bei den Retortenöfen rieben, so daß dieser Antrag eigentlich gegenstandslos sei. Inzwischen ist aber die Tatsache zu konstatieren, daß im genannten Werk bloß noch eine Partie mit acht Mann geht, so daß die Versicherungen des Herrn Oberingenieurs nicht zuträfen, und der Antrag wiederum gestellt werden mußte. Man wollte offenbar Zeit gewinnen. Eine förmliche Einsparungswut scheint die Direktion ob der neuen Betriebsrichtung nun befallen zu haben, die sich sogar schon auf Seife, Handtücher und Besen usw. ausgedehnt hat. Heberall werden alte Gasarbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen, währenddem man auf der anderen Seite eine Antreiberei und ein Affordsystem einführt, die alles bisher Dagewesene übertreffen. Der Ton, der seit der Inbetriebnahme des neuen Wertes an der Dachauer Straße seitens der Direktion sowie der dortigen Betriebsbeamten angeschlagen wird, schließt alles Menschlichkeitsgefühl von vornherein aus. Wer sich etwa einen Gemeindebetrieb als eine harmonischere Gestaltung des Produktionsprozesses vorstellt, würde hier elend enttäuscht werden. Während früher ungefähr 800 Arbeiter in den Gaswerken notwendig waren, sind gegenwärtig höchstens noch 400 Arbeiter im ganzen beschäftigt, aus deren Strohen nun die im Etat vorgesehenen Millionen Uberschüsse herausgeschunden werden müssen. Sogar den Heizern im neuen Werk zahlt man nicht einmal die 40 Pf. Zulage, die im Werk am Kirchlein durch Umwandlung der Nachtzulage in eine allgemeine Lohnzulage für die Heizer umgerechnet wurde. Zwei Arbeiter, die sich darum bewarben, wurden durch andere, die davon wohl nichts wissen sollten, ersetzt. Im Werk am Kirchlein hat man den Arbeitern, welche vom Retortenhaus seit Monaten heraus sind, gar nicht nach dem Magistratsbeschluß vom 16. Oktober 1909 den Lohn gekündigt, sondern einfach bei Verwendung im Hof den hierfür geltenden Lohnjah ausbezahlt. Erst kürzlich scheint man auf diesen Fehler aufmerksam geworden zu sein, und man hat nun schleunigst Lohnkündigungen auf Zetteln in Massenaufgabe verteilt. Jeder Privatbetrieb, der auf Dividendenschinderei ausgeht, könnte nicht anders mit den Arbeitern verfahren, als die Direktion der Gaswerke. Dabei dürfte doch auch der Direktion nicht unbekannt sein, daß es Privatbetriebe gibt, die bei Einschränkung des Betriebes infolge einer Krise, deren Ende der betreffende Arbeitgeber nicht immer voraussehen kann, sein altes geschultes Personal durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu halten versteht. Aber die Gaswerke werfen einfach die alten Arbeiter hinaus, trotz des schönen Wohlwollens, das der Direktor bei diesbezüglichen Klagen dem Arbeiterausschuss versichert und obwohl alljährlich im Herbst sich der Betrieb wieder vergrößert.

Auch im Verwaltungsausschuss der städtischen Gaswerke setzt man sich über Anträge des Arbeiterausschusses leicht hinweg. Selbst Anträge, die nicht einmal besondere Kosten verursachen, scheitern im Verwaltungsausschuss an vorgeschützter Undurchführbarkeit. Wie oft wurde schon gefordert, in allen durchlaufenden Betrieben die achtkundige Arbeitszeit (Dreischichtwechsel) einzuführen, was in Anbetracht der zwölfstündigen Arbeitszeit der Heizer am Apparatehaus sowie im Ammoniakhaus gewiß keine unerfüllbare Forderung genannt werden kann, da gerade diese Arbeit sehr gesundheitschädlich ist. Die Verweigerung dieser Forderung zeigt so recht die „Sozialpolitik“ der Gasdirektion und des Verwaltungsausschusses im richtigen Lichte.

Wernerenswert ist auch, welche Gründe herhalten müssen, um Arbeiter, die schon jahrelang zur Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten gearbeitet haben, hinauswerfen zu können. So kam es vor, daß vor mehreren Tagen im neuen Werk in Rosbach wieder einmal der Löschurm nicht funktionierte, weshalb fünf Arbeiter mit einer Dienstzeit von drei bis zu fünf Jahren bestimmt wurden, den heißen und dampfenden Stolz zum Stöckgreifer hinzubefördern, eine Arbeit, die nicht bloß sehr anstrengend, sondern auch sehr gesundheitschädlich ist. Dabei wird es keinen wundern, wenn die betreffenden Arbeiter, die von 1/2 Uhr mittags bis 6 Uhr abends total ausgeschunden und erschöpft waren, um 6 Uhr heimgehen wollten. Allein der Aufsicher Simater, der seinen Posten in bezug auf Behandlung und Antreiberei der Arbeiter vollständig ausfüllt, bedeutete den Arbeitern erst um 6 Uhr, daß sie dableiben und Ueberstunden machen müssen, was jedoch von den Arbeitern wegen völliger Erschöpfung abgelehnt wurde. Am andern Tag hat man sie beim Arbeitsbeginn einfach nicht mehr verlesen und ihnen gesagt, daß sie nicht mehr anfangen dürfen. Auf Vorstellung beim Betriebsleiter Ingenieur Ludwig — der übrigens den Leuten ziemlich bekannt sein dürfte — wurde ihnen die Mitteilung, daß ihnen wegen Arbeitsverweigerung gekündigt sei. Außerdem wurde dem andern Werk am Kirchlein mitgeteilt, die betreffenden Arbeiter seien nicht mehr einzustellen. Es muß ein solches Vorgehen seitens dieser Beamten gegen die fünf Arbeiter auf das schärfste verurteilt werden; einmal deswegen, weil diese die Arbeit nicht verweigerten, sondern lediglich wegen Ueberanstrengung und Müdigkeit nicht arbeiten konnten, dann aber auch deshalb, weil gerade dieser Ingenieur das Afford- und Ueberstundenwesen zu einer Zeit überkreibt, in der man in den Gaswerken Arbeiter in Massen wegen Arbeitsmangel entläßt. Außerdem hätte man noch die Unverfrorenheit,

Die Arbeiter vom Werk Kirchstein als Nummer zu bezeichnen, was ebenfalls auf das entschiedenste zurückgewiesen werden muß.

Interessant ist auch, wie erst kürzlich gelegentlich einer Sitzung des Arbeiterausschusses der Herr Direktor Nies seine Fähigkeit als oberster Leiter der Gaswerke erstrahlen ließ. Suchten da die Kohlenzurückseher (Dilfsarbeiter der Kohlenabläder) Verbesserung ihrer Verhältnisse durch den Arbeitersauschuß nach, wobei bemerkt sei, daß diese Kategorie schon seit mindestens 20 Jahren besteht. Dabei ist das Unglaubliche vorgekommen, daß Herr Direktor Nies erklärte, er wisse überhaupt nicht, daß es eigene Kohlenzurückseher gäbe, obwohl mindestens schon 1 Million Mark für die Zulagen dieser Leute allein seit den vielen Jahren ausbezahlt wurden. Selbst der Herr Direktor hatte vor ungefähr fünf Jahren eine Erhöhung der damaligen Zulagen befürwortet. Nun gab er eine Bestimmung heraus, daß in Zukunft die Kohlenabläder, wenn sie Zurückseher brauchen, diese selbst zu bezahlen haben. Wenn wir bisher auch keine allzu hohen Ansichten von der Weisheit des Herrn Direktors hatten, so übertrifft doch diese von ihm selbst herausgegebene Bestimmung bisher alles Dagewesene. Die Kohlenabläder, die ihre Arbeit stets im Afford verrichten müssen, um die Waggonn rechtzeitig zu entleeren, bekommen von 100 Zentner 1,15 Mk., von 400 Zentner 4,60 und von 800 Zentner 9,20 Mk. Es ist aber außerdem selten möglich, daß ein Kohlenabläder täglich 800 Zentner Kohlen abladen kann, obwohl er seine Protzeit und Mittagspause opfert und seine Erfrischung während der Arbeit einnimmt, zumal ja auch nicht immer Waggonn à 400 Zentner da sind. Benötigt man ein Kohlenabläder drei Zurückseher, die er von seinem Verdienst bezahlen muß, so verdient jeder der vier Arbeiter, selbst wenn 800 Zentner ausgeladen werden, trotz mörderischen Arbeitens kaum 2,50 Mk. pro Tag, obwohl man ihnen ja schließlich den einfachen Tagelohn zahlen muß. Nun ist selbstverständlich, daß durch diese Entlohnung die Kohlenabläder keine Zurückseher mehr nehmen können und sich folglich das Ausladen verzögert. Die logische Folge davon ist, daß für die stehengebliebenen Waggonn Strafe bezahlt werden muß. Das geniert aber die Direktion nicht im geringsten; ja, man äußerte sich den Arbeitern gegenüber, daß man viel lieber die Strafe bezahle, als den Kohlenablädern die Zurückseher. Es mußten auch für den Monat Juni bereits mehrere hundert Mark an Strafe für die Waggonn bezahlt werden.

Auch mit den Meldungen nimmt man es seitens der Direktion sowie der diensttuenden Beamten nicht genau. Man entläßt oder versetzt einfach mißliebige Arbeiter. So wurde vor einigen Monaten ein Arbeiter, der bereits sechs Jahre Dienstzeit hatte sowie Mitglied der Versorgungskasse war, entlassen, angeblich, weil er sich beim Verwalter Kohler — übrigens ein besonderer Arbeiterfreund — ungebührlich aufgeführt haben soll. Das ganze Verfahren bestand darin, daß sich der betreffende Arbeiter bei dem Verwalter beschwerte, daß die Schmierseife wegen schädlicher Substanzen sich zum Waschen des Gesichts nicht eigne. Weil der Herr Verwalter den Mann einfach stehen ließ, rührte sich der betreffende Arbeiter, was von den sechs Beamten, die das geistreiche Protokoll unterzeichneten hielten, als ungebührliches Verhalten hingestellt wurde. Wie dann der Arbeiter entlassen war, belam einer von den Beamten doch Neude über diese Geldentat, worauf man dem Arbeiter ein Gesuch auflegte, worin er seine Biebereinstellung nachsuchen sollte, was jedoch erfolglos war. Des weiteren hat dieser Verwalter erst kürzlich wieder ein Protokoll über einen Arbeiter aufgesetzt, worin diesem zur Last gelegt wurde, daß er die Arbeiter „authetie“, daß sie nicht so viel arbeiten sollen. Selbst der Arbeiter, der diese Angaben dem Verwalter zu Protokoll gemacht hatte, bestätigte, daß er bei der Aufnahme des Protokolls über *er um pelt* worden sei, was aber die Direktion nicht hindert, dem Verwalter zu erklären, „er soll sein Recht suchen wo er will“. Dieser Arbeiter wurde strafsweise zur Strafenkolonne versetzt, trotzdem er ein Aufseher hatte, das sich dann derart verschlimmerte, daß eine Operation im „Roten Kreuz“ notwendig wurde. Ein ärztliches Zeugnis, worin die Verrichtung solcher Arbeiten als nachteilig für das Leben dieses Arbeiters bestätigt wurde, blieb ohne jede Berücksichtigung.

Ein Beweis, wie sehr der Herr Direktor in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Betriebskrankenkasse für das Interesse derselben wirtschaftet.

Auch hat man bei der Abteilung Strafenkolonne eine ganze Anzahl Arbeiter entlassen, trotzdem heuer noch 750 Mandelaber für hängendes Glühlicht gesetzt werden sollen und auch sonst Arbeit genug vorhanden ist. Man konstruiert sich einfach den Arbeitsmangel. Aber es tritt immer deutlicher die Erscheinung zutage, daß man alle jene Arbeiter, die vor Jahren mit dem geringen Anfangslohn sich geschunden haben, jetzt, wo sie durch mehrjährige Dienstzeit einen höheren Lohn bekommen sollen, einfach entläßt, um dafür wieder neue Arbeiter mit geringeren Löhnen einzustellen, die dann wieder drei Jahre schuften können, bis sie eine Lohnzulage erhalten. Demnach bedeutet der diesbezügliche Paragraph in der Arbeitsordnung bloß ein Dekorationstitel der Gasanstalt zur Abänderung von Arbeitern, ähnlich wie mit den rühmlichen drei Lohnklassen für die Dandwerker. Im Stadtbauamt sowie auch bei der städtischen Straßenbahn gibt es nur eine Lohnklasse für die Dandwerker; bei der Gasanstalt sieht der Arbeiter, der durch langjährige Dienstzeit sich die nötigen Kenntnisse erworben hat, um seinen Arbeiten vorstehen zu können, gegen manden oft viel jüngeren Ar-

beiter in einer niedrigeren Lohnklasse, was selbstverständlich viel böses Blut bei den Leuten macht.

In einer stark besuchten und lampffroh gestimmten Versammlung am 5. Juli kennzeichnete Gauleiter Sebald diese Vorgänge unter lebhaftem Beifall aller Versammelten. Nach reger Debatte wurde eine Protestresolution im Sinne vorstehender Ausführungen einstimmig angenommen.

Möge die Versammlung sowohl der Gasdirektion als auch den städtischen Kollegien ein warnendes Renetel sein!

Die soziale Idee.¹⁾

„Wer Vieles bringt, wird mandem etwas bringen“, könnte man wohl sagen, und den Versuch, die sozialphilosophischen Strömungen der Gegenwart zusammenfassend wiederzugeben, gelten lassen. Das Buch ist — wie die Verfasserin einleitend sagt — „aus einer Bemühung zur Popularisierung der Wissenschaft hervorgegangen“. Es ist nicht für Soziologen und Fachphilosophen, sondern für alle bestimmt, die über das soziale Problem nachdenken, denen es als Frage der Weltanschauung zu schaffen macht. Within kommen ganz besonders die Arbeiter als Leser in Betracht, denn wo in aller Welt ist auch nur entfernt ein solches Streben nach Erfassung einer modernen Weltanschauung zu finden, als in den Kreisen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Für den Arbeiter aber, so dünkt uns, ist die Behandlung der gewiß etwas vielseitigen Materie denn doch ein wenig kompliziert.

Eines soll allerdings rückhaltlos anerkannt werden: die recht übersichtliche und knappe Einteilung des Stoffes. Wir geben sie nachstehend wieder: Die individualistischen Theorien (die Entwicklung der Persönlichkeitsidee). 1. Der humane Individualismus. — Herder. — Goethe. — Schiller. — Wihl. v. Humboldt. — Die Auflösung des humanen Individualismus in der Romantik. — Schleiermacher. — Nietzsche. — 2. Der ethische Individualismus. — Kant. — Fichte. — 3. Der naturalistische Individualismus. — Die Philosophie der liberalen Wirtschaftspolitik. — Herbert Spencer. Die sozialistischen Theorien (die Entwicklung der Idee der Gesellschaft). 1. Der idealistische Sozialismus. — Hegel. — 2. Der positive Sozialismus. — August Comte. — John Stuart Mill. — 3. Der materialistische Geschichtsauffassung. — Feuerbach. — Marx und Engels. Die Synthesen (Vereinigung von Individualismus und Sozialismus). 1. Sozialaristokratie und Kultursozialismus. — Carlyle. — Ruskin. — Richard Wagner. 2. Der christliche Sozialismus. — Tolstoi. — Die katholische Kirche und die soziale Frage. — Der evangelisch-soziale Kongress. 3. Die soziale Idee und das wirtschaftliche Leben. — Der Verein für Sozialpolitik. — Der Neudealismus. — Friedrich Raumann.

Schon aus dieser Zusammenstellung ergibt sich gleichzeitig der Standpunkt der Verfasserin, die ziemlich unzweideutig ihre dem Liberalismus zustrebende Weltanschauung als Basis ihrer kritischen Anmerkungen benutzte. Das ist natürlich ihr gutes Recht und wir — die wir fortgesetzt für die sozialistische Weltanschauung kämpfen, wären die letzten, dagegen etwas einzuwenden. Indessen ist es wohl erlaubt, von unserem besonderen Standpunkt darauf hinzuweisen, daß den Individualisten über die Hälfte des Buches (etwa 200 Seiten) eingeräumt ist, während die Sozialisten auf etwa 50 Seiten abgehandelt werden. Daß darunter die Gründlichkeit dieses Teiles leidet; erscheint außer Frage, wie wir auch im einzelnen nachweisen können. Wenn gar die Vorliebe der Verfasserin für den Gefühlspolitiker Raumann dahin geht, dessen Gedanken aus der „neudeutschen Wirtschaftspolitik“ zu den Ihrigen zu machen, so endet eine große Aufgabe mit einem recht kläglichen Abschluß.

Die „vier großen Themen“, die über der Geschichte der sozialen Idee im 19. Jahrhundert stehen sollen: Persönlichkeit, Gesellschaft, Freiheit und Gerechtigkeit, dünken uns in die eine „Synthese“ Sozialismus schlechter und klarer aufgelöst und bündigen unter dem Gesichtspunkt der materialistischen Geschichtsauffassung und des Klassenkampfes keinerlei künstliche Deutungen. Um hierfür nur ein Beispiel zu nennen, wird die Freude an der Arbeit nicht durch „steigende wirtschaftliche Bedeutung des Kunstgewerbes“ allen Arbeitern zugänglich sein, sonst könnten wir wohl noch ein Jahrtausend darauf warten. Vielmehr vermag die sozialistische Gesellschaft trotz Beibehaltung der Arbeitsteilung usw., durch kurzen Arbeitstag, Anwendung von Maschinen für alle unangenehmen, schweren und

¹⁾ Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts. Grundzüge der modernen Sozial-Philosophie. Von Dr. Gertrud Bäumer. Verlag G. Salzer, Heildronn. Preis 5,50 Mk., geb. 6,50 Mk.

gleichartigen Arbeiten, durch höhere ethische Wertung der Arbeit überhaupt usw., die Arbeitsfreude herbeizuführen, die im heutigen kapitalistischen Staat nicht einmal den „frei“ schaffenden Künstlern möglich ist. Und unsere politische wie gewerkschaftliche Organisationsarbeit sorgt sicher dafür, daß wir mit Riesenschritten diesem Gesellschaftszustand entgegengehen.

Unbeschadet dieser grundverschiedenen Auffassung ist das Buch für unsere Filialbibliotheken durchaus zu empfehlen, da das reichhaltige Material viel Anregung zum Selbstdenken gibt. Der gesunde Sinn der Arbeiter wird aus dem Vielerlei dennoch das Richtige herausfinden.

E. D.

Notizen für Gasarbeiter

Frankreich. Die Arbeiter der Gas- und Elektrizitätswerte in Toulouse haben am Sonnabend, den 9. Juli, den Ausstand proklamiert. Die Regierung hat sofort Truppen als Streikbrecher kommandiert, die an Stelle der Ausständigen die öffentliche Beleuchtung aufrecht erhalten sollen.

Berlin. (J. C. S. A. Mariendorf.) Einer gemeinen Denunziation jener Leute, die in Frankfurt a. M. unseren Kollegen in den Rücken fielen, glücklicherweise ohne Erfolg, ist im Gaswert Mariendorf unser Vertrauensmann Schadow zum Opfer gefallen. Schadow hatte anlässlich der Wahlen zum Internationalen Kongress einem Verbandskollegen im Betriebe eine Wahlausforderung überreicht. Hierbei wurde er von mehreren jener nützlichen Elemente beobachtet. Diese hatten nichts Eiligeres zu tun, als diesen Verstoß gegen die Arbeitsordnung zur Anzeige zu bringen. Schadow wurde am darauffolgenden Tage unter Hinweis auf diesen Verstoß entlassen, nachdem er etwa 5 Jahre in bester Weise gearbeitet hatte, wie aus Äußerungen verschiedener Vorgesetzter hervorging. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen wurde ihm sogar von dem „liberalen“ Direktor Böhmert ein Zeugnis verweigert. Herrn Böhmert wird ja noch an anderer Stelle gesagt werden, daß der Arbeiter ein Recht darauf hat. Die Empörung der Kollegenschaft über diesen neuen Willkürakt ist groß. Der Versuch der Verwaltung, die Organisation durch diese Maßnahmen zu schädigen, wird aber ein Schlag ins Wasser bleiben. Im Gegenteil, das rigorose Vorgehen peinigt die Arbeiter auf. Die Versammlung in Mariendorf, die zur Entlassung Stellung nahm, war vom besten Geist befeelt. Kein

Zeichen von Rutlosigkeit war vorhanden. Allgemein kam zum Ausdruck, diese Provolation mit verdoppelter Tätigkeit für die Organisation zu beantworten.

Salz-Giebiendenschein. Einen schönen Erfolg haben die Arbeiter der Giebiendenschein Gasanstalt zu verzeichnen. Das Gaswerk ist Eigentum der Continental Gasgesellschaft zu Dessau. Sämtliche Arbeiter traten im Mai d. J. in die Lohnbewegung. Gefordert wurde: Die Einführung des Achtstundentages für die in der Wechselzeit Arbeitenden unter Beibehaltung des bisherigen Lohnes. Für die Handwerker, Hof- und Plabarbeiter eine Zulage von 5 Pf. und für die Laternenwärter eine solche von 10 Pf. pro Stunde. Die Einführung des Achtstundentages scheiterte, indem der Herr Direktor bei achtstündiger Arbeit auch nur 8 Stunden unter dem alten Stundenlohnsätze zahlen wollte. Doch wird von dieser Forderung nicht eher Abstand genommen werden, bis deren Einführung durchgedrückt ist. Die Lohnzulagen betragen im Durchschnitt 3 Pf. pro Stunde. Den Laternenwägern, die 10 Pf. forderten, wurden 5 Pf. bewilligt. Die Lohnerhöhungen machen für 2 Mann 1,20, für 8 Mann 1,80, für 4 Mann 2,10 und für weitere 2 Mann 3 Mk. pro Woche aus. Der Lohn der Feuerhausarbeiter beträgt jetzt nach der neuen Lohnordnung 40–52 Pf. pro Stunde, früher 46–49 Pf.; der der Handwerker, Hof- und Plabarbeiter 42–45 Pf., früher 40–42 Pf., und die Laternenwärter erhalten 40, früher 35 Pf. pro Stunde. Mindestens ist dieser Erfolg nicht zu unterschätzen, zumal im vorigen Jahre die „Achtstündige“ beseitigt und eine Lohnzulage von 3–5 Pf. pro Stunde durchgedrückt worden ist. Lobenswürdig sei noch anerkannt, daß die Gasarbeiter sich Mann für Mann unserer Organisation angeschlossen haben. Wiederrum ein Beweis, daß es nur durch einmütiges Vorgehen und durch den Zusammenschluß in der Organisation möglich ist, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern. Mögen viele, die das noch nicht begriffen haben, hieraus lernen und ihre Schlüsse ziehen.

Leipzig. Die städtischen Laternenwärter hielten am 3. Juli im Volkshaus eine Versammlung ab, in der zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen Stellung genommen wurde. Bei der jetzt erhaltenen Lohnzulage auf Grund des Antrags Rüttich vom 29. Dezember 1909 haben die Laternenwärter anderen Ressorts gegenüber den kürzeren gezogen, indem sie nur ganze 10 Pf. pro Tag erhielten, während andererseits pro Stunde 2 Pf. Zulage erfolgte. Auch die Rückzahlung ab 1. Januar 1910 ist deshalb geringer ausgefallen. In einer Resolution, die dem Rat durch den Arbeiterausschuß übermittelt werden soll, soll Auffklärung darüber erbeten, eventuell das Fehlende nachzuzahlen beantragt werden. Ganz lieb-

Die Schätze der Kohle.

1.

Einem Artikel von Hans Dominik im „März“ ist die folgende Stelle entnommen, die insbesondere unsern Kollegen in den Gaswerken interessieren dürfte, zu gleicher Zeit aber auch ganz allgemein lebhaftes Interesse beanspruchen darf:

Blumen, die vor unendlichen Jahren im Steinkohlenwalde leuchteten und dufteten, erweckt die Chemie unserer Tage zu neuem Leben. Was vor Millionen Jahren niederbrach, verschüttet und erdrückt in der Tiefe lag, das kommt wieder zutage, und praktisch demonstriert unsere Technik daran das Gesetz von der Erhaltung des Stoffes und der Kraft.

Jehmal grünte und blühte in jener uralten Primärzeit, da an Wirbeltiere noch nicht zu denken war, ein üppiger Gartenwald im roten Licht der Urweltsonne empor. Jehmal kam eine Katastrophe über ihn, schleuderte ihn zu Boden und bedeckte ihn hergehoht mit Quarzsand und Kiesel. Und dann ging die Welt weiter durch Glas und Trübsal, durch Kalk und durch Kreide. Die Tertärzeit brachte den Menschen, und im Quartär wurde aus dem schüchternen, fünfzehnjährigen Wirbeltier der Herr der Erde.

Der fand das alte Terrain vorfindlulliger Waldungen und Katastrophen in der westfälischen Ebene wieder. Seine Maschinen trieben Förderer bis zu Tausen von achthundert Metern hinab, und wo die zehn Wälder gestanden hatten, da fand er die zehn Klöße des westfälischen Steinkohlenbeckens. Aber durch Millionen von Jahren hindurch hatten die Gewalten der Tiefe den alten Wald in der Faust gehabt, hatten weiches Laub und marlige saftstrobende Stämme zu klingender Kohle zusammengeballt. Was die Förderer schälte da mit Schnellzugsgeschwindigkeit aus der Tiefe ab, erinnert nicht mehr an seinen Ursprung.

Die Kohle wandert in die Retorte einer Gasanstalt. Nicht geschichtet liegt sie da in dem weiten eisernen Rohr, und von außen umspülen die Flammen ihr Gefängnis. Bald ertrahst alles in roter Glut, und nun zeigt sich, daß doch so manderlei von dem Laub und Mark des alten Waldes die endlose Gefangenschaft überdauert hat. Ein dichter grauer Schwaden zieht aus den glühenden Kohlen ab. Kohlenstoff und Wasserstoff sind es, die hier emporwallen, in der Glut einen Regenwettbewerb aufführen, sich lagern und wieder umlagern und sich endlich zu je sechs oder zwölf zu den aromatischen Kohlenwasserstoffringen zusammenschließen.

Der grungelbe Qualm, den wir hier durch ein Glasrohr aus der Retorte abziehen sehen, ist himmelweit verschieden von dem,

was wir als Leuchtgas kennen. Und doch ist es Gas, aber noch beladen mit den wertvollsten Schätzen des alten Steinkohlenwaldes, mit jenen Schätzen, die unsere Chemie zu heben gelernt hat. Der Qualm fließt durch labyrinthartige Gänge und Wände. Er strömt durch Gorden und Waschbottiche. Und endlich sehen wir klares und durchsichtiges Gas, sehen wir wirklich brennbare Luft zu den Druckpumpen und Gasometern ziehen.

Im Labyrinth aber wird ein Grundhahn geöffnet, und im das untergefahren eiserne Faß strömt schwarzglänzend der Steinkohlenteer. Die Gasanstalt hat die erste reinliche Scheidung gebracht. In der Retorte liegt jetzt klingender Holz, reiner Kohlenstoff, das beste Brennmaterial. Im Gasometer steht das gereinigte Leuchtgas, unentbehrlich für tausend Zwecke moderner Technik. In der schmutzigen Teerpütte aber haben wir den Ausgangspunkt für eine lange Reihe chemischer Wunder. In dieser extrem schmutzigen und infam stinkenden Masse stecken die herrlichsten Farben, die wundervollsten Duftstoffe und die wertvollsten Arzneimittel. Das heißt, sie stecken darin, wie wohl ein schönes Gemälde in einem Haufen von Kauersteinen steckt. Der richtige Baumeister muß kommen, der sie nach wohlüberdachten Plänen schichtet und ragende Pfeiler oder kühne Bögen daraus formt.

Von der Gasanstalt in die Teerdestillation! In eiserner Blase schäumt der Teer über mähigem Feuer. Durch den Helm steigen Dämpfe empor und laufen durch eine Kühlschlange, in der sie sich wieder verdichten. Destillat! es tropfelt herab!

Ein scheinlicher Stoff zuerst, ein Wasser, das aber alle Grenzen menschlichen Vorstellungsvermögens hinaus stinkt, das sogenannte Ammoniakwasser. Und doch für die Landwirtschaft schon ein wertvolles Düngemittel. Aber jetzt wird der Dahn auf einen anderen Taut umgeschlagen, und schon fließt ein hellgelbes funkelndes und schimmerndes Leichtöl aus dem Apparat, das Steinkohlensolzin oder Benzol, eine saubere aromatisch duftende Flüssigkeit und das Anfangsprodukt aller Teerfarben und der meisten Nichtstoffe. Wieder wird der Dahn gewendet und jetzt geben die schwereren Teile über, Phenol und Kreosol, die Eltern der Karbolsäure, des Arzofotes und zahlreicher Desinfektions- und Arzneimittel. Der Reihe nach folgen Naphthalin, jener bekannte weiße Stoff, den wir gegen die Motten kennen, und Anthracen. Nun wird die Destillation abgebrochen. Was noch in der Blase liegt, ist Hartpech, das für die Dachpappenfabrikation, für die Destillation von Naphen und Formstücken und bei hundert anderen Gelegenheiten Verwendung findet.

liche Zustände in bezug auf Behandlung der Arbeiter und das Auftreten einiger Aufseher und Gläublichtarbeiter förderte die Diskussion zutage. Insbesondere die Herren der 2. Wache, soweit Aufseher und Gläublichtarbeiter in Betracht kommen, wiesen sich erstaunliches in Annahmen und Schurkeleien der Arbeiter. Die Annahme der Gläublichtarbeiter geht sogar so weit, sich von ihren Kollegen per Sie anreden lassen zu wollen, während der Aufseher selbst den bezeichnenden Ausdruck über einen ihm unterstellten Arbeiter getan hat, daß er ihr schuldig sei. Den Grund dazu könnte man höchstens darin finden, daß der in Frage kommende Arbeiter dem Aufseher gegenüber kein Recht zu behaupten wagt. Während der Herr jetzt nun den Arbeitern nach allen Regeln der Kunst das Leben schwer zu machen sucht, hat es andere Zeiten gegeben, wo es der Herr sehr gut verstand, die Arbeiter vorzuschreiben und anzustacheln, um die Verlegung der Wache von der Plato- nach der Lindenstraße zu bewerkstelligen, weil in der Platostraße auch die Gesundheit des Aufsehers infolge Feindschaft der Räume darunter litt. Doch jetzt ist das Ziel erreicht. Der Rohr hat seine Schuldigkeit getan, und kann wieder getrocknet werden. Auch über die Diensteinrichtung auf der 10. Wache wurde stante gehalten. Verschiedene Einrichtungen werden dort noch aberkannt, die mehr in die Tätigkeit einer Schweißfrau hineingehören und auf anderen Wachen nicht üblich sind. So auch kürzlich die Sachendurchsicht, die nach der Arbeit vorgenommen wurde, während auf anderen Wachen daselbe innerhalb der Arbeitszeit geschieht. Durch die erfolgte Aenderung der Reviere sind für einzelne Wächter teilweise recht lange Touren entstanden. Anstatt, daß diese Wächter deswegen nun zeitiger ausrücken könnten, um mit den anderen zu gleicher Zeit die Arbeit beendet zu haben, geniert es durchaus nicht, das Hebel so weiter bestehen zu lassen, um auf diese Art für die Betreffenden die Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Stunde zu verlängern. Beschwerft sich aber ein Kollege beim Oberaufseher, so wird ihm die liebenswürdige Antwort: „Wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie ja gehen. Sie haben 2 Tage Kündigung usw.“ Die Versammelten waren entrüstet über die Art der Behandlung und gaben dem Ausschuss auf, für schleunige Abhilfe Sorge zu tragen. Auch die Bezahlung der Ueberstunden nach der Pauschale wurde bemängelt, da die Kollegen mit höheren Löhnen für Ueberstunden oft weniger erhalten, als ihr regelmäßiger Lohn beträgt.

• Aus den Stadtparlamenten •

Friedrichsfelde. Die Gemeindevertretung regelte in ihrer letzten Sitzung die Lohnverhältnisse der Gemeindegewerkschafter in der Weise, daß den Arbeitern bei zehnstündiger Arbeitszeit ein Stundenlohn von 40 bis 44 Pf. gewährt wird. Nach einjähriger Dienzeit wird ein Urlaub von drei Tagen, nach zweijähriger ein solcher von fünf und nach drei Jahren ein solcher von sechs Tagen gewährt.

• Aus unserer Bewegung •

Bayreuth. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 9. Juli im Gijbelschen Saale, Bambergstraße, statt. Zunächst gab Kollege Killinger den Kartellbericht. Alsdann erstattete Kollege Joh. Sagen den Kassienbericht für das 2. Quartal. Einnahmen inkl. Bestand 1207,01 Mk., Ausgaben für die Filiale 167,40 Mk., an die Hauptkasse in Duitungen 122 Mk. für Erwerbslosen- und Krankenunterstützung, und 300,43 Mk. in bar. Die Gesamtsumme betrug 559,92 Mk., bleibt ein Kassienbestand für die Filiale von 617,00 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 153. Kollege Slicht erstattete den Bericht der Revisoren, worauf dem Kassierer die Decharge erteilt wurde. Unter „Verschiedenes“ konnte man aus der lebhaften Debatte ersehen, daß unsere Organisation noch viel zu arbeiten hat, damit die Mißstände, die in den verschiedenen Kategorien bestehen, beseitigt werden. Mit einem Appell an die Versammlung, eifrig zusammenzuarbeiten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Münchberg. Unsere letzte Mitgliederversammlung fand am 2. Juli im Gewerkschaftshaus statt. Es wurde der Gosarbeiterfreis Frankfurt a. M. bekannt gegeben, ferner daß von den ausgegebenen Extramarken für die ausgesperrten Bauarbeiter jedes Mitglied mindestens 5 im Buch haben muß. Die Delegiertenwahl nach Mopenbagen findet in 5 Votalen statt, und wurde Sedmann-Mannheim für den Kongress und Sebald-München für die Konferenz vorgeschlagen. Es wurde ferner beschlossen, daß der Vorsitzende im Mei dieses Jahres zugleich als Kassierer tätig zu sein hat. Eine Vergütungskommission von 8 Mann wurde gewählt, um die Verwaltung zu entlasten. Ferner findet diese Woche eine Sitzung sämtlicher Vertrauensleute statt. Seit 3½ Jahren besteht hier eine Zersplitterung der organisierten Gemeindegewerkschafter. Damals glaubten die Kollegen, die sich mit abspalteten, es sollte mehr ein Obstruktionszeichen sein, um ihre Wünsche durchzusetzen. Es ist seit dieser Zeit jetzt so manches

anders geworden, vor allen ist der Zentralverband der Gemeinde- und Staatsarbeiter um ein ganz bedeutendes an der Mitgliederzahl sowie am Vermögen gestiegen, und das Häuflein der anderen ist immer kleiner geworden. Diese Kollegen kommen immer mehr und mehr zu der Ueberzeugung, daß alle persönlichen Interessen in den Hintergrund treten müssen und daß es doch vor allen Dingen notwendig ist, als geschlossenes Ganzes den Kampf um bessere Lebensbedingungen aufzunehmen. Die Einigungsversuche seitens unseres Verbandes, die seit Anfang immer und immer wieder unternommen wurden, sind verschiedentlich an der Halsstarrigkeit einzelner Mitglieder gescheitert. Auch die Urabstimmung des „Süddeutschen Gemeindegewerkschaftsverbandes“ zeigte nur eine ganz kleine Majorität gegen die Verschmelzung, und das Ergebnis ist, daß die, welche mit „Ja“ gestimmt haben, jetzt alle zur Zentralorganisation übertreten, so daß nur noch eine kleine Schar Unentwegter übrig bleibt. Diesen Kollegen aber möchten wir sagen, daß es jetzt auch für sie Zeit ist, sich zu überlegen, ob sie noch weiter den sehr berechtigten Forderungen der Gemeindegewerkschafter Münchbergs dadurch im Wege stehen wollen, daß sie abseits stehen, trotzdem sie ja zum Teil auf politischem Gebiete mit den anderen Kollegen zusammen organisiert sind. Sie brauchen sich nicht zu scheämen, wenn sie auch erst spät einsehen, daß sie auf falscher Fährte waren, sondern wir begrüßen auch diese Kollegen als Mitkämpfer für bessere Lebensbedingungen und lassen all das Gedächtnis ruhen, was wir natürlich auch von den neuen Kollegen erwarten. Wir ersuchen die in Frage kommenden Kollegen, die Streiktag zu begraben und samt und sonders zum Zentralverband überzutreten.

Mannheim. Am 8. Juli fanden die Arbeiterauswahlwahlen für das Tischauamt statt. Das war wieder ein Moment für die „Christlichen“, zu zeigen, daß sie der chronischen Lebensunfähigkeit noch nicht ganz unterlegen sind. Sie brachten am Morgen vor der Wahl ein Flugblatt, in dem sie nichts zu sagen wußten, als die sozialdemokratisch organisierten würden gegen sie gehen und hielten es bei Lohnbewegungen nicht für nötig, mit ihnen — den „Christlichen“ nämlich — gemeinsame Sache zu machen. Sie wären doch auch bereit, für die städtischen Arbeiter Anträge zu stellen. Zum Schluß kommt die Frage: Wen wählen wir heute? Dann als christlicher Vorschlag eine Person, die wir vor 3 Jahren aus unserer Organisation als Denunzianten hinausgeworfen haben, und die in letzter Zeit wieder versucht hat, bei uns aufgenommen zu werden, was aber abgelehnt wurde. Dieser wurde den Arbeitern als Kandidat zum Arbeiterausschuss präsentiert. Der Erfolg blieb nicht aus. Es erhielten die „Christlichen“ 25 Stimmen, unser Vorschlag 148 Stimmen, d. h. bei der Abteilung Straßenbau. Das war die Antwort auf die Frage: Wen wählen wir heute? Und wer waren diese 25 Christlichen? Wir haben bei der Abteilung Straßenbau heute noch alte Leute, die es leider nicht mehr für nötig halten, sich für die Arbeiterbewegung zu interessieren; die wissen bei einer solchen Gelegenheit natürlich nicht zu beurteilen, wer ihre Interessen wahrnimmt. Sie werfen halt den Zettel in die Urne, der ihnen zuerst in die Hand gedrückt wird. Es bleibt also dabei: In Mannheimer städtischen Betrieben ist für die „Christlichen“ nichts zu holen!

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

Ein Menschenalter Gewerkschaftsbewegung. Vor wenigen Jahren noch wäre ein Riesenkampf wie der jetzige im Bauergewerbe, der für die Arbeiter ebrenvoll zu Ende gegangen ist, nicht denkbar gewesen. Ohne wesentlich die Hilfe anderer Gewerkschaften in Anspruch nehmen zu müssen, haben die in Betracht kommenden Organisationen volle zwei Monate hindurch etwa 150 000 Arbeiter ausreichend unterstützt. Man kann hiernach ohne weiteres die Zahl der Millionen berechnen, die als Kriegslohn aufgebracht wurden, wie es gleichfalls nicht schwer ist, im Hinblick auf solche gewaltige Leistung zu dem Schluß zu kommen, daß ein Kampf wie dieser nur durchführbar war, weil die Arbeiter zu ihrem Vorteil allgemein die Notwendigkeit ausreichender Gewerkschaftsbeiträge begriffen haben. Am Ende eines solchen Kampfes ist es nicht ohne Nutzen, auf die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung zurückzublicken. Unendliche Mühen hat es am Ende der sechziger und in den ersten siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gekostet, den Arbeitern die Notwendigkeit des Zusammenschlusses begrifflich zu machen; viel schwerer als der Kampf gegen das Unternehmertum war der Kampf gegen den Unverstand der Massen, der bis in die Reihen der politisch bereits Klassenbewußten Proletariat zu überwinden war. Wenn man von den Tabalarbeitern und Buchdruckern absieht, wurden 1868/69 die ersten gewerkschaftlichen Organisationen gegründet. Es waren Helden, die damals zum Heile des deutschen Volkes den fast tollkühnen erscheinenden Versuch unternahmen, das völlig apathische Proletariat „zur Begreiflichkeit aufzureizen“, ihm die Gemeingefährlichkeit der skandalösen Ausbeutung, der es unterworfen war, begrifflich zu machen. Der von der Arbeitergewerkschaft allberechtete Professor A b b e war der Sohn eines Spinners

meisters in Eisenach. Er erzählt, daß sein Vater jeden Tag „den Gott werden ließ“, von morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr ohne Unterbrechung an der Maschine stand. Jahrzehnte später noch sind in schlecht organisierten Berufen, so in Ziegeleien, Sägewerken, Bäckereien, Wäsch- und Plättanstalten ähnlich lange Arbeitszeiten üblich gewesen. Aber selbst in Gewerben, deren Angehörige verhältnismäßig frühzeitig den Nutzen der Organisation begriffen haben, war es vor einem Menschenalter nicht viel besser. Nach dem Kriege 1870 hoben sich die Löhne, um jedoch in den Krisen-jahren der siebziger Jahre wieder ganz erheblich zu sinken. Nach einer von den Zimmerern Berlins aufgestellten Statistik war hier von 1876 bis 1878 der durchschnittliche Tagelohn von 4,26 Mk. auf 3,64 Mk. zurückgegangen. Derartige Resultate sind vollauf begreiflich, wenn man erwägt, wie unbedeutend damals im Verhältnis zu den Berufsangehörigen die Zahl der organisierten Arbeiter war. Im Jahre 1877 gelang es August Geib mit vieler Mühe, eine „Statistische Tafel der Gewerkschaften in Deutschland“ zusammenzustellen. Sie umfaßte 30 Organisationen, von denen die kleinste, die Bildhauergewerkschaft in Hamburg, 30 Mitglieder zählte, während die größte, der deutsche Tabakarbeiterverein, 8100 Mitglieder umfaßte. Die Buchdrucker hatten 5500, die Buchbinder 1000 Organisierte; der Maurer- und Steinhauerbund 2600, die Metallarbeitergewerkschaften zählte 4000, die Schuhmacherorganisation 3885, der Schneiderverein 2800, der Schiffszimmererverein 3000, der Bund der Tischler und verwandter Berufsgenossen 5100, das deutsche Zimmerergewerk 3300 Mitglieder. Im ganzen waren von zwei Millionen Arbeitern, die damals für die von Geib aufgeführten 30 Berufe in Deutschland in Betracht kamen, 49 065 organisiert. Die durchschnittliche Gesamteinnahme aller 30 Gewerkschaften betrug monatlich 33 561 Mk., die durchschnittliche Gesamtumsatz 26 779 Mk. An dieser Gesamtsumme hatte aber allein der Deutsche Buchdruckerverband einen Anteil von 18 278 Mk. Einnahme und 14 738 Mk. Ausgabe; mithin blieben für die anderen Organisationen nur sehr geringe Leistungen übrig. Die Beiträge waren bei den meisten Gewerkschaften denn auch nach heutigen Verhältnissen lächerlich niedrig. Der Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter nahm monatlich 20 Pf. Beitrag; ebenso hoch waren die Beiträge bei den Bildauern, den Hamburger Korbmachern, den Münchener Steinmetzen, den Münchener Schlossern, den Hamburger Schiffszimmerleuten und den Töpfern. Die höchsten Beiträge erhoben die Buchdrucker, nämlich 40 Pf. die Woche, während die Buchbinder 25 Pf., die Metallarbeiter 15 Pf., die Lithographen, die Tabakarbeiter und die Tapetierer 20 Pf. Wochenbeitrag nahmen, und die übrigen Gewerkschaften zumeist einen Wochenbeitrag von 10 Pf. eingezogen hatten. So geringfügig jedoch die Leistungen der Gewerkschaften unter solchen Umständen waren, und so schwer sie nach kurzen Erfolgen unter den Rückschlägen in Zeiten der Krise zu leiden hatten, so erkannte die Regierung in ihrer Eigenschaft als Sachwalterin des Unternehmertums doch schon damals die Bedeutung der Organisationen für die Arbeiterschaft. Als die Drangsalierungen auf Grund der Vereinseise nicht zum Ziele geführt hatten, benutzte Bismarck, der Nationalheld aller Arbeiterseinde, Ende 1878 das Sozialistengesetz, um nicht nur die politischen, sondern auch die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft durch polizeiliche Unterdrückung vom Erdboden zu vertilgen. Die Zeit von Deutschlands tiefster Schmach brach an, und wenn die deutschen Arbeiter auch diese traurigen Tage überwandten, wenn sie einem Siegfried gleich ungeheure Hindernisse bewältigten und ihre Organisationen zu der heutigen unzertrennbaren Größe ausbauen konnten, so danken sie dies einzig ihrer eigenen unerschrockenen Energie. Die Gewalthaber des Staates der Sozialreform stehen ihren Bestrebungen, wie erst kürzlich die vom verflochtenen Finanzminister v. Rheinbaben unter dem Beifall des Abgeordnetenhauses gehaltenen Reden gezeigt haben, genau so feindlich gegenüber wie vor einem Menschenalter.

Der Kampf der Bauarbeiter wird naturgemäß jetzt nach Abschluß von den verschiedensten Seiten erörtert. Wir erwähnten schon die Denkschrift der Berliner Unternehmer, worin Klipp und Klar der Nachweis zu finden ist, daß die Unternehmer unter allen Umständen eine Nachspröbe wollten. Während der „Grundstein“ eine treffliche, der Situation entsprechende Siegesnummer herausgab, hält der „Zimmerer“ es für angebracht, den übrigen Bauarbeitern und speziell den Vorständen vorzuwerfen, sie seien den Zimmerern in den Rücken gefallen! Und das alles auf Grund der unbestimmten Erörterungen irgend eines Schmuck, der in der „Bauwelt“ etwas über die Sitzung des Einigungsamts erzählt. Ueberhaupt enthält der Artikel des „Zimmerer“ recht widersprüchliche Gedankengänge und irreführende Zahlen. Nach dem hat der obige „Borgana“ wieder einmal drastisch bewiesen, daß das besondere Interesse der Zimmerer nur in einer Verfassungsanstalt vertreten werden kann. Wie haltlos das Zahlenmaterial des „Zimmerer“ ist, ist übrigens in Nr. 27 des „Correspondenzblattes“ nachgewiesen, weshalb wir darauf verweisen. Gegen die angeblichen Indiskretionen nehmen die vom „Zimmerer“ in dem verdächtigsten Genossen Vömelburg, Raeplov, Wrenndt und Popier in einer geharnischten Erklärung Stellung, die u. a. die Kombinationen des „Zimmerer“ glatt über den

Gausen wirft. Im übrigen sind wir der Meinung, es gebe jetzt nach erfolgreichem Abschluß des Kampfes Besseres zu tun, als agitatorische Polemiken zu führen. Der Vorstand des Zimmererverbandes hätte den loyalen Weg zu beschreiten und von seinen angeblichen Wahrnehmungen über Indiskretionen in einer engeren Sitzung aller beteiligten Vorstände Gebrauch machen können. So bleibt ein Rest von Unbehagen, das der „Zimmerer“ hervorgerufen und das mehr oder minder auf seine eigene Organisation zurückfällt. — Eine erfreulichere Seite vom Bauarbeiterkampf klingt in einem Bericht der „Münch. Post“ vom 10. Juli an. Es wird auf die vorzügliche Verwendung der freien Zeit durch die ausgesperrten Bauarbeiter hingewiesen. Wir berichteten schon einmal kurz über den Aerger der baugewerblichen Schachtmacher, daß die Aussperrten in Hannover Fußball usw. spielten, anstatt die ersehnten Ausschreitungen zu begehen. In München fanden für die Aussperrten zahlreiche Lichtbildervorträge statt; ferner 38 Führungen durch das Deutsche Museum mit 1630 Teilnehmern. Dem Arbeitermuseum wurden 13 Führungen mit 429 Teilnehmern gewidmet. Dazu 15 Führungen durch das Nationalmuseum (486 Teilnehmer) usw. Insgesamt wurden 79 Führungen durch Museen mit 2883 Teilnehmern veranstaltet. Hierzu kamen zahlreiche Führungen und Besichtigungen öffentlicher Institute sowie eine Reihe instruierender Vorträge. Die unfreiwillige Ruhe diente also der Aufklärung und Bildung und es ist bezeichnend, daß die „Münch. Post“ von einer erfreulichen Zunahme des Abonnentenstandes wie auch der politischen Organisierten berichtet. In vielen größeren Orten dürfte das gleiche Fazit gezogen werden. Wähtlich, die organisierte Arbeiterschaft hat eine Probe dafür abgelegt, daß sie sich die Welt erobern wird. Haben wir mehr freie Zeit, mehr Entwicklungsmöglichkeit fürs Volk, so wird die Kultur in ungeahnter Höhe sich entfalten. Daran arbeiten die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen fortgesetzt. Hier mitzuwirken ist Pflicht jedes denkenden Arbeiters.

Kongresse und Konferenzen.

Die Brauereiarbeiter hielten ihren 17. Verbandstag vom 6. bis 12. Juni im Berliner „Gewerkschaftshaus“ ab. Der Verband hatte in der Geschäftsperiode 1908/1909 eine große Zahl kleiner Lohnkämpfe durchzuführen. Diese äußerten sich in 53 Angriffen und 52 Abwehrstreiks sowie 10 Aussperrungen. 384 Lohnbewegungen wurden ohne Streik durchgeführt. Zum Abschluß gelangten 364 Tarifverträge für 646 Betriebe mit 23 700 Beschäftigten. Erungen wurden 46 414 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche für 13 755 Personen und 49 223 Mk. Lohnerhöhung pro Woche für 23 155 Personen. Ein großer Liebskind, welcher die Mitgliederbewegung wenig förderte, war die starke Inflation. 20 361 Eintritt standen 19 532 Austritte gegenüber, so daß der Organisation von je 100 Aufnahmen nur 4 Mitglieder erhalten blieben. Ende 1909 zählte der Verband 33 806 Mitglieder. Der erste Verhandlungstag stellte den ausgesperrten Bauarbeitern 100 000 Mk. zur Verfügung. Die Tagesordnung wurde in der Hauptsache mit der Vermählung des Mühlenarbeiterverbandes und der Brauereiarbeiterorganisation sowie der Beratung des gemeinsamen Statuts ausgefüllt. Nach heftigem Für und Wider stimmten schließlich auch die Brauereiarbeiter der bereits vom Mühlenarbeiterverbandstage beschlossenen Vermählung zu. Diese wird dadurch am 1. Oktober d. J. perfekt. Die gemeinsame Organisation führt dann den Namen: „Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgenossen“. — Der Vorstand setzt sich aus folgenden Personen zusammen: 1. Vorsitzender Ebel, stellvertretende Vorsitzende Kappler (bisheriger Vorsitzender des Mühlenarbeiterverbandes) und Badert; Kassierer Ragerl, Redakteur Krieg, Sekretäre Gapsle (bisher Angestellter des Mühlenarbeiterverbandes) und Wittorf.

Der Verband der Buchbinder, welcher vom 11.—19. Juni im Erfurt seinen Verbandstag abhielt, konnte gleichzeitig sein 25jähriges Jubiläum feiern und das 25. Tausend an Mitgliedern meistern. Die Erfolge der letzten dreijährigen Geschäftsperiode weisen eine Arbeitszeitverkürzung von 33 000 Stunden und 375 000 Mk. Lohnerhöhung auf. Eine heftige Debatte entspann sich über die Frage der Einführung der Invalidenunterstützung. Die vom Vorstand gemachte Vorlage wurde mit 37 Stimmen gegen 37 Stimmen abgelehnt. Dafür aber ein Antrag angenommen, wonach unter den Mitgliedern der 4. Beitragsklasse eine Urabstimmung vorzunehmen ist. Zur Frage der Taktik bei Lohnbewegungen fand eine Resolution Annahme, die u. a. Abschließung von Reichstärken wünscht. Eine weitere Resolution beauftragt den Verbandsvorstand, an die Vorstände der graphischen Verbände heranzutreten, um die Gründung eines Industrieverbandes zu fördern. Die Beiträge der 2. Klasse wurden um 5 Pf. (35 Pf. insgesamt) und der 4. Klasse um 20 Pf. (80 Pf.) erhöht. Sollte durch Urabstimmung die Invalidenunterstützung abgelehnt werden, erhöht sich der Beitrag der 4. Klasse nur um 10 Pf.

Vom 19.—26. Juni tagte in München der 8. Verbandstag der Holzarbeiter. Den ausgesperrten Bauarbeitern, die bereits 30 000 Mk. aus der Verbandskasse erhalten hatten, bewilligte der

Verbandsstag weitere 50 000 Mk. Beim Geschäftsbericht teilte der Verbandsvorsitzende mit, daß sich mit dem 1. Juli die Verschmelzung des Schirmmacherverbandes mit dem Holzarbeiterverband vollzieht. Eine größere Debatte rief die Kaiserfrage hervor. Ein Antrag Berlin, der verlangt, daß Kaiserergemahregelte in Zahlstellen unter 1000 Mitgliedern (entgegen dem Uebereinkommen von Generalkommission und Parteivorstand) aus der Zentralkasse unterstützt werden, wurde abgelehnt. Ebenso erging es einem Antrag München, der die Verbandsvertreter auf dem internationalen Kongress beauftragte, für Verlegung der Kaiserfrage auf den Sonntag einzutreten. In der Lohnbewegungsfrage fand eine Resolution Annahme, welche u. a. verlangt, daß Tarifverträge von kürzerer Dauer als 4 Jahren nicht abzuschließen sind. Die jugendlichen Arbeiter in der Holzindustrie sollen angehalten werden, sich dem Verbandsverbande anzuschließen, wobei unter 17 Jahren die Rechte und Pflichten der weiblichen Mitglieder in Geltung kommen. Zum Schluß wurde dem Vorstand noch ein Antrag überwiesen, sich mit der Generalkommission zwecks Gründung einer Gewerkschaftsbank ins Einvernehmen zu setzen.

Auf dem Verbandsstage der Putzmacher, welcher in der gleichen Woche in Allenburg tagte, wurde ebenfalls lebhaft über Verschmelzungsfragen, besonders mit den Blumenarbeitern, debattiert. Die dazu angenommene Resolution hält die Verschmelzung vor der Hand noch für verfrüht, beauftragt aber beide Vorstände, die Frage weiter zu verfolgen und einer Lösung entgegenzuführen. Beschlossen wurde auf diesem Verbandsstage die Erhöhung der Beiträge auf 65, 45 und 25 Pf. Dafür wird die Erwerbslosenunterstützung eingeführt.

Im Berliner Gewerkschaftshaus tagten vom 20.—25. Juni die Textilarbeiter. Der Vorstandsbericht befaßt vor allem den Verlust von 22 199 Mitgliedern während der Geschäftsperiode 1908/09. In einer Resolution verlangt der Verbandsstag, daß im Vorstand eine Beobachtungsstelle geschaffen, welche die Vorgänge auf dem Wirtschaftsmarkt unausgesezt zu beobachten hat, und den Kollegen im Lande Bericht erstattet, damit die Lattit bei Lohnbewegungen den jeweiligen Konjunkturverhältnissen angepaßt werden kann. Eine Erhöhung und Erweiterung der Unterstützungseinrichtung wurde vorgenommen. Die Beiträge der Jugendlichen wurden auf 10, 20 und 30 Pf. festgesetzt. In den Unterstützungseinrichtungen nehmen die Jugendlichen gleichfalls teil, wobei besondere Sätze in Geltung kommen. Für männliche Jugendliche wird die „Arbeiter-Jugend“ und auf Wunsch der „Textilarbeiter“ gratis geliefert. Weibliche Jugendliche erhalten die „Arbeiter-Jugend“ und die Gleichheit gratis. Von der Gesehgebung verlangt eine Resolution weitgehendsten gesundheitlichen Schuß. Um dem unerhörten Straßensystem in den Textilfabriken zu Leibe zu gehen, wird der Vorstand beauftragt, Material für die parlamentarische Aktion zu sammeln.

Gewerkschaftsliteratur. Eine ganze Reihe interessanter Bücher aus dem Gewerkschaftsleben ist sorgfältig in Erscheinung begriffen. Fast will uns bedrücken, als wenn nach dieser Richtung ein wenig zu viel geschieht in bezug auf den Umfang mancher Veröffentlichungen. Zu einem regelrechten Nachschlagewerk ist der Bericht der Generalkommission für Bauarbeiterbesch. 1907/09 geworden, aus dessen reichhaltigem Material wir gelegentlich einiges herauszugreifen gedenken. Jedenfalls führt sich dieses Buch gut ein als erste Leistung der von der Generalkommission eingerichteten sozialpolitischen Abteilung. Auch das Jahrbuch 1909 des Holzarbeiterverbandes verdient eingehendere Würdigung, als wir es an dieser Stelle geben können. Auf 415 Seiten ist das ganze Verbandsleben eingehend geschildert. Gauerichte sowie sämtliche Tarifverträge aus dem Jahre 1909 bilden den zweiten Teil. Falls sich recht viele Mitglieder des Holzarbeiterverbandes eingehend mit dem Jahrbuch beschäftigen, kann es an der nötigen gewerkschaftlichen Durchbildung gewiß nicht fehlen. — Im Verlage des Holzarbeiterverbandes ist auch eine interessante Broschüre erschienen über „Klassenbeiträge oder Einheitsbeitrag“. Sie enthält viel interessantes Material, dürfte aber die einmal gefasste Meinung für oder gegen die Klassenbeiträge wenig beeinflussen. Der Geschäftsbericht der Textilarbeiter für 1908/09 dient im Wesentlichen als Unterlage für den Verbandsstag, über den wir an anderer Stelle berichten. Uns gefällt besonders die knappe Art, die nur 144 Seiten umfaßt und doch einen guten Einblick in diesen großen Verband gewährt. Der Jahresbericht 1909 der Zigarrensortierer beschränkt sich entsprechend dem kleineren Umfang dieser Organisation auf das Allernotwendigste.

• Rundschau •

Die Halle'sche Polizei kann es nicht unterlassen, auf ihre Art Agitation für die Arbeiterbewegung zu treiben. Folgende neue Sünden aus ihrer „energieischen und umsichtigen“ Tätigkeit wird uns gemeldet: Zum Sonntag, den 26. Juni, hatten die Gemeinde- und Staatsarbeiter eine Versammlung der Straßenreiniger nach der „Moritzburg“ einberufen. Als Tagesordnung war vor-

gesehen: „Die Straßenreiniger und die Stadtverwaltung“. Versammlungsbeginn sollte laut Handzettel um 11 Uhr sein. Gegen 11 Uhr erschien in der „Moritzburg“ der von den Wahlrechtsdemonstrationen her bekannte Herr Wiethe in Begleitung eines Polizisten und erkundigte sich, ob eine Versammlung städtischer Arbeiter angesagt sei. Selbstverständlich erhielt er nicht die gewünschte Auskunft. Der Kommissar erklärte jedoch, wenn die Versammlung um 11 Uhr eröffnet würde, müsse sie um eine halbe Stunde vertagt werden und während dieser Zeit wolle er Überwachung schicken. Tatsächlich erschien denn auch ein Wachmeister, der aber unberührter Sache abziehen mußte. Dies war jedoch nicht alles, was die Polizei im Hinblick auf die Straßenreiniger-Versammlung tun zu müssen glaubte. Am Morgen des 26. Juni waren Leute beauftragt, am Depot und in der Klosterstraße an die Straßenreiniger Handzettel mit Versammlungseinladungen zu verteilen. Kurz vor 5 Uhr wurden die beiden Zettelverteiler s i s t e r t. Auch der Vorsitzende unserer Filiale, der nur die Verbreitung kontrollierte, wurde sistiert! Die Verteiler waren für ihre Arbeit bezahlet worden. Es sind offensibare Uebergriffe, die sich da wieder einmal die Polizei erlaubt hat. Woher nehmen denn ihre Leiter die Befugnis, nichtöfentliche gewerkschaftliche Versammlungen zu stören und deren Veranstalter zu belästigen? Ist das Vereinsgesetz im Polizeibureau in Halle immer noch nicht genügend bekannt? Oder glaubt man, sich darüber allzu hinwegsetzen zu dürfen? Diese Polizei, die sich in der Schifane gegen die Bestrebungen der Arbeiter gar nicht genug tun kann, überhießt sonderbarerweise stets und ständig das Treiben der christlichen Traktantenverteiler in den Straßen, der Jünglingsvereiner, der leutischen Turner usw. Wo bleibt da ihre Umsicht? Es ist ja anzunehmen, daß die Organisationsfähigkeit namentlich der städtischen Arbeiter von oben her mit jähelren Augen angesehen wird. Das aber gibt der Polizei noch längst nicht das Recht, ungesiecht gegen diese Tätigkeit vorzugehen. Wie notwendig gerade die Selbsthilfe der in den „Küsterbetrieben“ der Stadt beschäftigten Arbeiter ist, lehrt die Nachweisung der an sie gezahlten Löhne, die soeben den Stadtberordneten zugegangen ist. Aber die Polizei und deren Hintermänner mögen sich nicht täuschen. Gerade die Frangialisierung der Arbeiterschaft bringt diese zu immer festem Zusammenfluß. So geht es auch bei den Gemeindefacharbeitern dank unserer tüchtigen Halle'schen Polizei!

Eine noble Stadtgemeinde. In der „Kslf. Volksstimme“ lesen wir: Mit ihrer politischen Maßregelung, die die Höchster Stadtverwaltung an einem städtischen Arbeiter vornahm, hat sie kein Glück gehabt. Ein Igl. Gericht hat dem Bürgermeister beschneigt, daß er gegen Recht und Gesetz verstoßen hat und ihn für schadenerfähig erklärt. Der städtische Arbeiter Weichhold war von der Stadt ohne Kündigung entlassen worden, weil er sich an einem Demonstrationstag beteiligt hatte! Also Strafe für politische Gesinnung, ein Versuch, städtische Arbeiter zu Sololen herabzudrücken. Und nicht genug der Vergewaltigung, obendrein ein Kontraktbruch: für die Arbeiter am Wasserwerk besteht vertragsmäßig die 14tägige Kündigungsfrist, dem Heiser Weichhold aber wurde Annull und Fall der Stuhl vor die Türe gesetzt und die Auszahlung irgendwelcher Entschädigung verweigerte man ihm. Daß die Betätigung politischer Gesinnung kein Grund zur kündigungslosen Entlassung ist, hätte eigentlich der Bürgermeister Pallesle in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts wissen müssen; aber damit scheint es zu hapern. Die Stadtverwaltung ließ es auf eine Klage antommen, die kürzlich nach mehrmaliger Vertagung in erster Instanz erledigt wurde. Die Stadt verstand es, die an und für sich recht einfache Sache durch 9 Termine zu schleppen. Der Arbeiter lernte abermals erkennen, was die städtische Bureaokratie für Kräfte bereit hält, um, wenn nicht zu siegen, so doch den Prozeßgegner müde zu machen. Für den Herrn Bürgermeister sei es eine Weleidigung, wenn ein städtischer Arbeiter sich an einer Demonstration beteiligt, wurde dem Kläger in jeder Sitzung vorgehalten. Die Stadt wurde vom Schöffengericht verurteilt, an den Kläger 14 Tage Lohn wegen kündigungloser Entlassung und die Versäumnis für die neun Termine zu bezahlen. Diese materielle und moralische Niederlage hätte sich die Stadt ersparen können. Der Bürgermeister hat sich nicht allein als gesehesunkundig erwiesen, sondern aus als sozial nicht züwandsfrei gezeigt. Jeder kapitalistische Unternehmer würde sich genieren, so zu verfahren; der gewalttätigste antisoziale und antidemokratische Unternehmer des Saarreviere würde, wenn er eine solche Maßregelung aus politischem Grunde vornimmt, ohne weiteres den Lohn für die 14 Tage auszahlen. Aber die Stadtverwaltung treibt den — sozialen Anstand so weit, wie hier geschildert wurde, und kein Stadtvater hat daraus einen Anlaß genommen, im Stadterordnetenkollegium kräftig vom Leder zu ziehen und dem Bürgermeister zu sagen, was von solchen Maximen zu halten ist. Eine noble Stadtgemeinde!

Der Verein „Die Lesef“ E. B. in München, der Anfang dieses Jahres begründet wurde, um im Kampfe gegen die Schundliteratur positive Ersatzmittel zu schaffen, hat in der kurzen Zeit seines Bestehens einen großen Aufschwung genommen, so daß er bereits an die Gründung von Ortsgruppen denken und alle Inter-

effenten, die sich dafür zur Verfügung stellen wollen, zur freundlichen Mitarbeit einladen kann. Der Verein hat die Ziele eines neuen Blattes zu den seinigen gemacht, das sich „Die Lesef“, eine literarische Zeitung für das deutsche Volk, nennt, herausgegeben von Theodor Eitel und Georg Kuschner. Dieses Blatt stellt im Gegensatz zu anderen, sonst recht guten Volksblättern gleichsam das erste deutsche Dichterblatt dar, das in seinem Inhalt nicht zurechtgemachten Unterhaltungsstoff bringt, hier und da mit Dichtungen durchsetzt, sondern ganz ein Dichterblatt sein will, das durch seine Originalbeiträge das Volk zu den Quellen deutscher Dichtung und Denker führt. Alle berufenen Volksbildungstreiber haben dieses Blatt und das Vorgehen des mit ihm verbündeten Vereins als vorbildlich für die deutsche Volksbildung bezeichnet. Der Verein liefert seinen Mitgliedern die jeden Sonnabend erscheinende Zeitung, die im Einzelverkauf nur 10 Pf. kostet, für den Jahresbeitrag von 6 M., wofür die Mitglieder in diesem ersten Jahre noch zwei interessante und gediegene „Bücher der Lesef“ erhalten und jedes Jahr um so mehr solcher Bücher, je mehr „Die Lesef“ erstarkt. Der Verein bittet alle Freunde einer guten Lektüre und alle diejenigen, welchen die deutsche Volksbildung am Herzen liegt, um Beitritt und Werben und stellt zu diesem Zweck Werbematerial zur Verfügung durch die Geschäftsstelle München, Rindermarkt 10.

Die Gründung eines Reichsverbandes deutscher Städte. In der „Magdeburger Zeitung“ finden wir mitgeteilt, daß sich ein „Reichsverband deutscher Städte“ (Verband der mittleren und kleineren Städte und Landgemeinden) konstituiert hat. Es handelt sich dabei um eine Vereinigung aller deutschen Städte und Landgemeinden mit weniger als 25 000 Einwohnern. Der Zusammenschluß ist vornehmlich deshalb erfolgt, damit die Interessen der erwähnten Städte und Gemeinden in gemeinsamer Arbeit durchgesetzt werden. Den Vorstand bilden 12 Bürgermeister aus allen Teilen des Reichs.

Für die Bildungsarbeit der kommenden Herbst- und Wintermonate verbandet der Zentralbildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei an die lokalen Bildungsausschüsse und sonstigen Interessenten sein alljährliches Winterprogramm. Die Ratschläge und Winke dieser Veröffentlichung geben den Bildungsausschüssen, Gewerkschaftsleitenden und sozialdemokratischen Vereinen seit Jahren eine Grundlage für die örtliche Bildungsarbeit. In der Einleitung des diesjährigen Winterprogramms wird darauf aufmerksam gemacht, daß der bevorstehende Winter der letzte vor den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen ist; da die Bildungsarbeit nicht außerhalb der politischen Kämpfe und Bestrebungen der Arbeiterklasse liegt, sondern sie zu fördern und innerlich zu vertiefen hat, so muß bei den Bildungsveranstaltungen der kommenden Wintermonate darauf Rücksicht genommen werden. Die belehrenden Veranstaltungen, besonders Kurse, die in ihrer Wirkung den grundfählichen Auseinandersetzungen des bevorstehenden Wahlkampfes zugute kommen, sind in den Vordergrund zu rücken, die familiären Unternehmungen können dagegen in diesem Winter zurücktreten. Die Anregungen des Winterprogramms und besonders die Dispositionen der Wanderredner des Bildungsausschusses tragen dieser Sachlage Rechnung. Das Winterprogramm enthält außer den Mitteilungen über die Wanderkurse Anregungen und Vorschläge für die Organisationen lokaler Bildungsausschüsse, für die Propaganda guter Jugendchriften und künstlerischen Wanderschmucks, für die Organisation von Volksvorstellungen und für die Aufstellung eines zusammenhängenden Programms für die lokale Bildungsarbeit.

Die industrielle Verwertung der natürlichen Wasserkräfte ist in den einzelnen Ländern je nach der geographischen Beschaffenheit des Landes und der Entwicklung der Industrie naturgemäß eine sehr verschiedene. Eine interessante vergleichende Zusammenstellung bringt jetzt die Fachzeitschrift für Wasserkraftverwertung. Es betragen demnach die benutzten Wasserkräfte in

	Gesamtverleichte	pro Quadratmeter	pro 1000 Einwohner
Großbritannien	903 000	3,06	23,1
Deutschland	1 425 900	2,6	24,5
Schweiz	1 500 000	86,6	454,5
Italien	65 000	19,0	169,0
Frankreich	5 857 000	10,9	150,0
Oesterreich-Ungarn	6 460 000	9,6	188,0
Schweden	6 750 000	15,0	1 200,0
Norwegen	7 500 000	20,6	3 400,0

An der Spitze aller Länder, sowohl hinsichtlich der gesamten als auch der auf den einzelnen Einwohner fallenden Wasserkräfte stehen Norwegen und Schweden, in denen die von der Natur begünstigte Verwertung der Wasserkräfte eine besondere Ausbildung erlangt hat. Ist doch in Schweden erst kürzlich ein riesiges Projekt zur Ausführung gekommen, durch das die dem berühmten Trolltälental abgezapften Wasserkräfte zur Versorgung Göttenburgs und anderer Städte mit Elektrizität verwendet werden. Betroffen werden diese Länder, wenn man die auf den Quadratmeter entfallende Zahl ins Auge faßt, allerdings noch von der Schweiz mit ihren zahlreichen mächtigen Wasserfällen. Deutschland steht mit England an letzter Stelle bezüglich der industriellen Verwertung der natürlichen Wasserkräfte. Durch die energische

Inangriffnahme der Ausnützung bayerischer Wasserkräfte dürfte hier aber bald ein erheblicher Fortschritt zu verzeichnen sein.

Aus der Rede eines Harmonieapostels. Auf dem Schwäbischen Eisenbahntag in Wiberach hat der Vorsitzende der Dirsch-Dunderschen, der berühmte Goldschmidt, eine Rede gehalten, die ihm mindestens die Ehrenmitgliedschaft eines Kriegervereins eintragen dürfte. Wir geben aus dem Opus zur Erbauung unserer Leser nur folgende „geistvolle“ Stelle wieder: „Da sagen die einen: Wir können doch nicht der „schwarzen“ Flagge folgen, die andern: Ja, doch nicht der „roten“. Freilich, wenn man aber rot und schwarz zusammennimmt, dann hat man die württembergische Farbe. Und wenn man dann die weiße Friedrichsflagge unserer Gewerkschaft in das schwarz und rote hineinbringt, dann haben wir schwarz-weiß-rot, die Farbe der deutschen Einheit, deutschen Kraft und deutschen Hoffnung auf unsere Kulturmission. Also da sage ich, wenn wir schon einer Flagge folgen, dann soll sie nur dem Namen nach „rot“ sein, das ist die Flagge von unserem Noth. Aber diese Flagge ist nicht rot, sondern schwarz-weiß-rot, die Flagge deutscher Einheit und Kraft!“ Ob nun der Beitritt der Schwäbischen Eisenbahner zum Dirsch-Dunderschen Gewerkschaft oder der Wein zu Wiberach den biederen Goldschmidt so redunten machte und ihn solches Blech schmiedete, mag dahingestellt bleiben.

Christliche Mäßerleistung eines Gewerkschaftsbeamten. In Kottenheim, Kreis Wachen, Rheinland, kam es kürzlich in dem Steinbruchbetrieb der Firma Pidel u. Co. zu einer Mahregelung dreier Kollegen, die im Auftrage des freien und des christlichen Gewerkschaftsbeamten wegen der Arbeiterforderungen bei dem Unternehmer vorstellig geworden waren. Der christliche Gewerkschaftssekretär machte es bei einer allein geführten Verhandlung möglich, daß der christliche Organisierte der drei Gemahregelten wieder eingestellt wurde. Jetzt wird bekannt unter welchen Bedingungen. Der Arbeiter mußte das folgende Schriftstück unterschreiben: „Der Unterschriebene verpflichtet sich hiermit, den Anordnungen der Firma Pidel u. Co. Folge zu leisten und falls er Änderungen tut, die zu Ungunsten der Firma lauten, so ist er sofort ohne Kündigung zu entlassen. Dies Schreiben beruht auf Gegenseitigkeit.“ (Unterschrift des Steinhauers.) Dies ungläubliche, durch einen christlichen Organisationsvertreter „errungene“ Schriftstück gilt nach der Erklärung des Unternehmers, bis der „Arbeiter sich gebeeft hat“.

• Gerichts-Zeitung •

Aus dem Reich des Aberglaubens und der — Dummheit. Eine Verhandlung, welche kürzlich das Schöffengericht Berlin-Schöneberg beschäftigte, zeigte wieder einmal, wie trüb es mit der Aufklärung in der „Metropole“ der Intelligenz noch bestellt ist. Wegen Sachbeschädigung war eine Frau Duhm angeklagt. Die Angeklagte hatte sich vor längerer Zeit aus unbekanntem Gründen mit ihren erwachsenen Kindern entzweit. Da sie von einer auf gleichem geistigen Niveau stehenden Frau gehört hatte, daß es eine „weiße“ Frau gebe, die es verstehe, durch Zaubermittel einem Menschen Liebe und Zuneigung einzusößen, beschloß die Angeklagte dieses Mittel anzuwenden. Sie ging zu dieser, alles andere nur nicht weihen Frau und erzählte ihr, daß sie sich auf irgendeine Weise die Zuneigung ihrer Kinder wieder erringen wolle. Die „Zauberin“ gab ihr gegen Zahlung von 1 M. darauf einen Korb, der zu dem größten Blödsinn gehört, der auf diesem, leider immer noch recht großen Gebiet wohl je produziert ist. Die Angeklagte sollte nämlich Auh- und Pferdemeist zu gleichen Teilen mischen, dann mit Wasser und einer gewissen anderen Flüssigkeit verdünnen und dann diesen appetitlichen Trank einem unbekanntem Menschen dreimal in die Wohnung gießen, der in einem Borort in einem Hause mit einer ungraden Hausnummer wohnen mußte. Um die gleiche Zeit erlebte der in der Tempelhofer Straße 19 wohnhafte Oberpostsekretär Caspari ein recht eigenartiges Abenteuer. Als er des Morgens erwachte, hatte er, da seine Gerätschaften ordnungsmäßig funktionierten, das unbestimmte Gefühl, daß er sich verkehrtlich nicht in seiner Wohnung, sondern in einem Kubhüll zur Ruhe gelegt habe. Durch die Wohnung zogen liebliche Düfte, die nebenbei einen starken Riechreiz hervorriefen. Als er nach der Ursache dieser zum mindesten auffälligen Erscheinung forschte und auf den Korridor hinaustrat, wurden seine Füße von etwas „Weichem“ umfangen, welches sich bei näherem Zusehen als veritabler — Stuhlmit entpuppte. Zu seinem nicht geringen Erstaunen entdeckte er, daß der ganze Korridor mit einer träge dahinschießenden, sonderbaren Masse bedeckt war, welche einen Geruch ausströmte, der nach keiner Richtung hin an die Rosenärten von Schiras erinnerte. Nachdem das überliciedende Zeug mit großer Mühe entfernt worden, ereignet sich am nächsten Morgen die gleiche Szene. Da C. glaubte, daß ihn jemand einen Schabernack spielen wollte, legte er sich in der nächsten Nacht auf die Lauer. Wegen Mangel an Schlaf erstand die jetzige Angeklagte Duhm, um hier zum dritten Male ihr eigenartiges „Zaubermittel“ anzuwenden. Als sie ihr

mixtum compositum wieder durch die Zeitungsklappe giehen wollte, wurde sie von C. festgehalten. Vor Gericht erzählte die Angeklagte die oben erwähnte Geschichte von der weisen Frau und dem Zauber- mittel. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 9 Mk., eventl. 3 Tage Gefängnis. — So humoristisch die ganze Geschichte anmutet, zeugt sie doch wiederum von der mangelhaften Ver- fassung unserer Volksschule, die es an der nötigen Aufklärung leider fehlen läßt.

Verbandstell

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Nachdem die Bauarbeiterausperrung aufgehoben, muß not- wendigerweise unverzüglich über die für diesen gewaltigen Kampf gesammelten Unterstützungs- gelder abgerechnet werden. In einem Mundschreiben vom 23. Juni d. Js. ist bereits hierauf auf- merksam gemacht. Trotzdem ist es erforderlich, die Kollegen noch- mals hieran zu erinnern und die Säumnigen auf ihre Pflicht hin- zuweisen.

Da wir in jüngster Zeit oftmals wieder die Wahrnehmung machten, daß bei Markenaustempelungen nicht sorgfältig verfahren wird, so werden die Funktionäre ersucht, Beitragsmarken wie beitragsfreie Marken sofort ins Mitgliedsbuch zu kleben und so abzutempeln, daß hierbei auch ein Teil des Geldes, für welche die Marke bestimmt ist, mitgetroffen wird.

In der Woche vom 10. bis 16. Juli ist die 28. Beitragsmarke fällig. Der Verbandsvorstand.

Eingegangene Schriften und Bücher

Gegen den Militarismus richtet sich ein neues, so- eben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschienenen Heft der Sozialdemokratischen Flugchriften. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die bösen Sozialdemokraten. — Das Meer gegen den inneren Feind. — Das stehende Heer. — Der Kapitän. — Der Kommisgeist im bürgerlichen Leben. — Die Heereskosten. — Kosten pro Soldaten. — Das Meer der pensionierten Offiziere. — Die Schuldenlast. — Der Soldaten beste Freunde. — Die Ruheanwendung. Die Broschüre kostet 10 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen erhältlich. Eine Agitations- ausgabe, die aber nur an Agitations-Komitees usw. abgegeben wird, ist ebenfalls hergestellt und zum Preise von 10 Mk. für 1000 Exemplare vom Verlage zu beziehen.

Von dem im Verlage von G. Vitz u. Co. m. b. H. in München erschienenen Handbuch der Sozialdemokra- tischen Parteitage 1863—1909 liegen jetzt die letzten Hefte 13 bis 19 vor, so daß ein abschließendes Urteil darüber zu fällen ist. Ein ausführliches alphabetisch geordnetes Sach- und Namenregister erleichtert das Nachschlagen außerordentlich. Das Handbuch er- weist sich als ein ebenso vorzügliches Hilfsmittel für die gewerk- schaftlich und politisch tätigen Genossen als für alle diejenigen, die sich mit der Geschichte und der Literatur der Arbeiterbewegung beschäf- tigen oder sich mit ihr bekannt machen möchten. Unter den letzten sieben Heften befinden sich Artikel wie: Parlamentarische Tätig- keit, Parteipolitik, Taktik der Partei, Revisionismus und viele andere, die gleichsam in der Kapsel ein Stück wichtiger Partei- geschichte bieten. Nebenfalls wird das Handbuch in keiner Gewerk- schaft- oder Vereinsbibliothek fehlen dürfen und auch in der Bücherei jedes vorwärts strebenden Genossen wird es am richtigen Platze stehen.

Protokolle des 11. Verbandstages der Gasenarbeiter und des 1. gemeinsamen Verbandstages am 12. Mai 1910 in Hamburg. Verlag Johannes Döring, Hamburg. Protokolle der Tarif- verhandlungen im Malergewerbe vom 5. bis 15. November 1909 und 4. bis 8. Januar 1910 zu Berlin, sowie Protokoll der außer- ordentlichen Generalversammlung vom 20. bis 22. Februar 1910 zu Dresden. Verlag H. Tobler, Hamburg.

Margoder Kant? Rede von Dr. G. v. Schulze-Gravenitz. 2. Auflage. Preis 1,40 Mk. Freiburg und Leipzig. Verlag Speyer u. Körner. 1909.

Natur und Erziehung. Monatschrift zur Verbreitung und Pflege der Naturwissenschaften in Schule und Haus. Mit der Beilage „In meinen Ruhestunden“, Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgegeben von Dir. Dr. Fr. Dannemann und Prof. Dr. A. Smalian. Stuttgart. Francksche Verlagshand- lung. Halbjährlicher Bezugspreis 4 Mk.

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter G. Khamann. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin W. 57, Bismarckstraße 24. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 39.

Um den Letzten, „auf den es nicht ankommt“!

Du schläfst noch, teilnahmsloser Gesell?
Wenn rings die Welt in Waffen steht,
Wenn neues Hoffen, wenn Frühlingsahnung
Flüsternd durch alle Lande geht.
Du schläfst?

Wach' auf und steh in die kämpfende Welt
Und steh der Arbeit stolze Wehr!
Das Volk der Arbeit sammelt sich,
Du müder Schläfer, wir rufen auch dich
Zu der Arbeit trotzigem Wettenbeer.
Steh auf!

Steh auf! Steh auf zum heiligen Kampf!
Steh: nie sind der Kämpfer zuviel.
Wir kämpfen für Freiheit, für Brot und für Licht,
Und warst du bis heute ein dubender Knecht,
So wag's und erkämpfe dein Menschenrecht.
Wenn das Elend erschlagen, wenn die Kette zerbricht,
Dann sind wir am heiligen Ziel.

August Ellinger.

Totenliste des Verbandes.

Heinrich Wild, Kiel Weichensteller † 14. 6. 1910, 32 Jahre alt.	Alois Garreiter, München Gasarbeiter † 29. 6. 1910, 41 Jahre alt.
Heinrich Stehmer, Bremen † 21. 6. 1910, 50 Jahre alt.	Michael v. Langner, Oreslan † 30. 6. 1910, 52 Jahre alt.
Gustav Baden, Leipzig Monteur † 28. 6. 1910, 72 Jahre alt.	Karl Ostian, Düsseldorf Straßenbahnführer † 2. 7. 1910, 45 Jahre alt.
Alois Richter, Straßburg i. E. Straßenreiner † 23. 6. 1910, 73 Jahre alt.	Emil Peskau, Halle a. S. Schmied † 3. 7. 1910, 48 Jahre alt.
Wilhelm Gash, Mainz Maurer † 27. 6. 1910, 81 Jahre alt.	Ernst Philipp, Berlin Revier-Inspektionen † 4. 7. 1910, 46 Jahre alt.
Johann Bode, Hamburg Büchsenwärter † 27. 6. 1910, 43 Jahre alt.	Franz Holte, Bremen Vogelampfenwärter † 6. 7. 1910, 38 Jahre alt.

Albert Jähig, Planen

Gasarbeiter

Gestorben am 6. Juli 1910, im Alter von 24 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

::: Filiale Kiel :::

Am Sonntag, den 24. Juli 1910, in „Weidmannsdorf“
Kopperpahl,

Großes Sommerfest

bestehend in Konzert, Preisziehen und Preis-
hegen für Herren, Glücksrad und Verknobeln
für Damen, sowie große Kinderbelustigung.
— (Jedes Kind erhält ein Geschenk.) —

Kudsmarck nachmittags 2 Uhr vom Gewerkschaftshaus fährt.

Paarkarte 50 Pf.

Extradamenkarte 20 Pf.

Im zahlreichen Besuch bittet

Das Komitee.